

Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU)

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

FFU-Report 99-8

Politische Kultur und Umweltpolitik Die amerikanischen Einzelstaaten im Vergleich

Kristine Kern

Forschungsstelle für Umweltpolitik

Innstraße 22

14195 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 838 66 87

Fax +49 - (0)30 - 838 66 85

e-mail: ffu@www.fu-berlin.de

e-mail: kkern@zedat.fu-berlin.de

Internet: <http://www.fu-berlin.de/ffu>

Zusammenfassung

Die Bedeutung der politischen Meinung und der politischen Kultur ist bei vergleichenden Untersuchungen zur Staatstätigkeit stark vernachlässigt worden. Die meisten Studien zur Umweltpolitik in den USA konzentrieren sich auf sozioökonomische und politisch-institutionelle Faktoren. Gleichwohl besteht ein enger Zusammenhang zwischen der öffentlichen Meinung und der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit. Ausgehend vom amerikanischen Begriff des Liberalismus, für den die Befürwortung des Wohlfahrtsstaates und staatlicher Interventionen charakteristisch ist, können deutliche Unterschiede zwischen liberalen und konservativen Einzelstaaten beobachtet werden: Einzelstaaten mit einer liberalen Wählerschaft neigen sehr viel stärker zu umweltpolitischen Innovationen als Einzelstaaten mit einer konservativen Wählerschaft. Teil der Analyse ist eine vergleichende Studie zu Oregon, einem starken Politikinnovateur, der im pazifischen Nordwesten liegt. Die Fallstudie zeigt, daß eine partielle Entkoppelung der sozioökonomischen Entwicklung von der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit möglich ist. Dies kann durch die politische Kultur der Einzelstaaten erklärt werden, die eine erstaunliche Stabilität im Zeitverlauf aufweist. Die beste Voraussetzung einer innovativen Umweltpolitik scheint eine liberale Wählerschaft kombiniert mit einer moralistischen politischen Kultur zu sein. Im Gegensatz dazu steht die traditionalistische Kultur des amerikanischen Südens – einem Teil des Landes, dessen soziokulturelle Basis zweifellos negative Auswirkungen auf die umweltpolitische Innovationsfähigkeit hat. Ein umweltpolitischer Deregulierungswettbewerb (*'race to the bottom'*) ist deshalb allenfalls zwischen den Südstaaten zu erwarten, wurde bislang aber durch vom Bund gesetzte Mindeststandards verhindert.

Abstract

The significance of political opinion and political culture has been widely neglected in comparative analyses of public policy. Most studies on environmental policy in the United States focus on socioeconomic and political-institutional factors. Nevertheless, a strong relationship exists between public opinion and environmental policy innovativeness. Based on the American notion of liberalism, characterized by its endorsement of the welfare state and support of state interventions, marked differences between liberal and conservative states can be observed: States with a liberal electorate are much more inclined towards environmental policy innovations than are states with a conservative electorate. Part of the analysis is a comparative study on Oregon, a strong policy innovator located in the Pacific Northwest. The case study indicates that it may be possible to partially decouple socioeconomic development from environmental policy innovativeness. This can be explained by the political culture of the states, which has shown a surprising stability over time. The best precondition for an innovative environmental policy seems to be having a liberal electorate combined with a moralistic political culture. This stands, however, in obvious contrast to the traditional culture of the American South—a part of the country whose socio-cultural basis clearly has negative consequences for environmental policy innovativeness. Therefore, a 'race to the bottom' in environmental policy can be expected only among the southern states. Thus far, however, this trend has been averted by the minimum standards imposed by the U.S. Federal Government.

INHALT

1. EINLEITUNG	1
2. POLITISCHE KULTUR, ÖFFENTLICHE MEINUNG UND POLITIKLIBERALISMUS.....	2
3. ERKLÄRUNGSMODELLE UMWELTPOLITISCHER INNOVATIONEN	8
4. PROFIL EINES SPITZENREITERS: DER FALL OREGON.....	12
5. POLITISCHE KULTUR, UMWELTPOLITISCHE INNOVATIONSFÄHIGKEIT UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGSMUSTER	18
6. SCHLUßFOLGERUNGEN FÜR DIE VERGLEICHENDE UMWELTPOLITIKANALYSE	22
7. LITERATUR.....	25

1. Einleitung*

Die Untersuchung der politischen Kultur zählt zweifellos zu den Kernbestandteilen der vergleichenden Politikwissenschaft.¹ Dennoch konzentriert sich die vergleichende Umweltpolitikanalyse sehr stark auf die Untersuchung ökonomischer und politisch-institutioneller Faktoren, während kulturelle Faktoren bis heute kaum Beachtung gefunden haben. Zwar werden sie bisweilen erwähnt, sie stellen aber meist nur eine 'Residualkategorie' dar. Solche Erklärungsansätze finden ad hoc Eingang in Analysen, wenn sich alle anderen Faktoren als ungeeignete Erklärungsdeterminanten erwiesen haben.² Die starke Vernachlässigung der kulturellen Faktoren in der Staatstätigkeitsforschung ist nicht nur für den *internationalen*, sondern auch für den *intranationalen* Vergleich der amerikanischen Einzelstaaten charakteristisch.

Gerade im Hinblick auf den *intranationalen* Vergleich der amerikanischen Einzelstaaten existieren jedoch geeignete Vorarbeiten, die auch für die Umweltpolitikanalyse genutzt werden können. So entwickelte Elazar (1966, 1994) bereits in den 60er Jahren eine Typologie der politischen Kultur der amerikanischen Einzelstaaten, die sich als Basis solcher Vergleiche anbietet. Dabei beschränkte er sich keineswegs auf individuelle Einstellungen und Werte, sondern grenzte drei historisch gewachsene und durch Einwanderungswellen maßgeblich bestimmte 'politische Kulturen' (traditionalistisch, individualistisch und moralistisch) voneinander ab, die spezifische Politikmuster einschließen. Zentral ist die politische Kultur darüber hinaus in den Studien von Erikson, Wright und McIver (1993), die sich mit dem Zusammenhang zwischen der öffentlichen Meinung (ideologische Identifikation der Wähler) und der Politikgestaltung (Liberalität der Politik) in den amerikanischen Einzelstaaten beschäftigten.³ Berücksichtigt wurden hierbei zwar recht unterschiedliche Politikfelder (z.B. Sozialpolitik, Steuerpolitik usw.), die Umweltpolitik blieb bislang jedoch ausgeklammert.

* Für wichtige Hinweise und Kommentare zu den diversen Fassungen dieses Papiers möchte ich mich insbesondere bei Manfred Binder, Frank Bönker, Helge Jörgens, Claudia Koll, Britta Meinke, Axel Schäfer und Kai Wegrich bedanken. Die Recherchen und die empirischen Untersuchungen in den USA wären ohne die finanzielle Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und des *German Marshall Fund of the United States* nicht möglich gewesen.

1 Siehe Berg-Schlosser und Müller-Rommel (1997) sowie z.B. die klassischen Studien von Almond und Verba zur *Civic Culture* (Almond und Verba 1963, 1980), Ingleharts Arbeiten zum Wertewandel (Inglehart 1989, 1997) oder Putnams Untersuchungen zur Entwicklung von sozialem Kapital (Putnam 1993, 1995a).

2 Allerdings existieren in der international vergleichenden Umweltpolitikanalyse einige Studien, bei denen soziokulturelle Faktoren explizit als Ausgangspunkt der Untersuchung gewählt wurden (z.B. Enloe 1975; Solesbury 1976; Vogel 1986).

3 Die Begriffe 'liberal' und 'konservativ' beziehen sich hier auf den amerikanischen Kontext. Anders als in Europa werden dort im Rahmen liberaler Politikansätze Staatsinterventionen sowie wohlfahrtsstaatliche Leistungen prinzipiell befürwortet, während für konservative Politikansätze deren Ablehnung charakteristisch ist. Statt dessen wird die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Bürger betont, und zudem besteht eine höhere Bereitschaft, den Einzelstaaten und Kommunen größere Handlungsspielräume zu gewähren.

Der traditionelle und allgemein anerkannte Ansatz geht davon aus, daß dezentrale Politikinitiativen vor allem auf sozioökonomische und politisch-institutionelle Variablen zurückgeführt werden können. Obgleich die herausragende Bedeutung dieser Faktoren keineswegs bestritten werden soll, wird es hier primär um die politisch-kulturellen Faktoren gehen. Dabei soll zunächst die Staatstätigkeit der amerikanischen Einzelstaaten vor dem Hintergrund der politischen Kultur betrachtet werden (Abschnitt 2). Im Anschluß werden diese allgemeinen Überlegungen auf die Umweltpolitik der amerikanischen Einzelstaaten angewandt (Abschnitt 3). Danach wird ein für seine besonders innovative Umweltpolitik bekannt gewordener Einzelstaat, das im Nordwesten an der Pazifikküste gelegene Oregon, im Mittelpunkt stehen (Abschnitt 4). Aus dieser Untersuchung ergeben sich dann einige Folgerungen im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der politischen Kultur, der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit und den ökonomischen Entwicklungsmustern der Einzelstaaten (Abschnitt 5). Abschließend wird gefragt, welche Schlüsse aus dem Vergleich der amerikanischen Einzelstaaten für die vergleichende Umweltpolitikanalyse gezogen werden können (Abschnitt 6).

2. Politische Kultur, öffentliche Meinung und Politikliberalismus

Zwar hat sich in den letzten Dekaden, insbesondere im Zuge der Zentralisierung des amerikanischen föderalistischen Systems, eine gewisse Angleichung der einzelstaatlichen Politiken vollzogen. Diese weisen jedoch immer noch beträchtliche Differenzen auf, die vor dem Hintergrund der strukturellen Unterschiede der Einzelstaaten zu sehen sind. Dies betrifft nicht nur die politisch-institutionellen, sondern vor allem die sozioökonomischen und soziodemographischen Rahmenbedingungen. So variierte das Pro-Kopf-Einkommen (*per capita personal income*) 1997 zwischen 36.263 Dollar in Connecticut und 18.272 Dollar in Mississippi, wo der Anteil der Bevölkerung, der in Armut lebt, am größten ist (Bureau of the Census 1998: 460).⁴ Das Wohlstandsgefälle zwischen Connecticut und Mississippi entspricht damit in etwa den relativen Unterschieden zwischen Norwegen und Spanien, ist also mit den strukturellen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. den OECD-Staaten durchaus vergleichbar.⁵ Trotz der Reformen der letzten Jahrzehnte sind die Abweichungen bei den politisch-institutionellen Faktoren ebenfalls beträchtlich (Verhovek 1995). Dies wird beim Vergleich der einzelstaatlichen Legislativen (*legislatures*)⁶ be-

4 1996-97 lag dieser Anteil in Mississippi bei 18,6 Prozent der Bevölkerung (Bureau of the Census; <http://www.census.gov/hhes/poverty/poverty97/pv97state.html> vom 2. Februar 1999).

5 Es ist bemerkenswert, daß solche Ungleichheiten, die die Differenzen zwischen den deutschen Bundesländern (selbst nach der Vereinigung!) weit in den Schatten stellen, weder den Ruf nach einer massiven Umverteilung der finanziellen Ressourcen noch nach einer 'Länderneugliederung' laut werden lassen.

6 Alle Einzelstaaten mit der Ausnahme Nebraskas haben ein Zweikammersystem.

sonders deutlich: Das *New Hampshire House of Representatives* besteht aus 400 'citizen legislators', die weniger als 3.000 Einwohner vertreten. Die 80 Mitglieder der *California Assembly* repräsentieren dagegen Distrikte, die mit 400.000 Einwohnern fast so groß sind wie die Wahlkreise der Kongreßabgeordneten.⁷

Der Kausalzusammenhang zwischen den sozioökonomischen Rahmenbedingungen (insbesondere dem Pro-Kopf-Einkommen) und den Ausgaben der Einzelstaaten, der seit den sechziger Jahren im Zentrum der Betrachtung stand (z.B. Dawson und Robinson 1963; Dye 1966), ist in der Vergangenheit immer wieder bestätigt worden. So ist es sicherlich kein Zufall, daß in New Jersey mit 9.967 Dollar pro Schüler mehr als doppelt soviel für Bildung ausgegeben wird wie in Mississippi mit 4.185 Dollar (Bureau of the Census 1997: 170).⁸ Daß dies ökonomische wie politisch-institutionelle Gründe hat, ist offensichtlich: Mississippi ist gemessen am Pro-Kopf-Einkommen das Armenhaus der Nation, New Jersey hingegen wird mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 31.053 Dollar nur noch von Connecticut übertroffen (Bureau of the Census 1997: 457). Außerdem scheint das politische System New Jerseys dem Mississippis, das als antiquiert, konservativ und korrupt gilt, deutlich überlegen zu sein (Gray 1996: 3).

Einige Unterschiede zwischen den Einzelstaaten können jedoch durch sozioökonomische Faktoren allein kaum erklärt werden. So schwankt der Frauenanteil der einzelstaatlichen Legislativen zwischen 3,6 Prozent in Alabama und 39,5 Prozent in Washington (Verhovek 1995);⁹ *ethic rules*, die es verbieten, irgend etwas von Lobbyisten anzunehmen, existieren längst nicht überall (vgl. Ensign 1996); und die Steuereinnahmen basieren in einigen Einzelstaaten eher auf Einkommensteuern als auf Verbrauchsteuern (*sales tax*).¹⁰ Daß Einzelstaaten mit ähnlichen sozioökonomischen und politisch-institutionellen Kontextbedingungen völlig unterschiedliche Politikansätze präferieren können, zeigt der Vergleich zwischen Oregon und Oklahoma: Betrachtet man die Ausgaben für öffentliche Schulen, normalerweise ein Viertel der einzelstaatlichen Ausgaben, stellt man fest, daß in Oregon etwa 40 Prozent mehr pro Schüler investiert wird als in Oklahoma (Erikson, Wright und McIver 1993: 73). Ähnlich sieht es in der Sozialpolitik aus: Oregon gibt wesentlich mehr pro Sozialhilfeempfänger aus (Lurie 1996: 215; Rom 1999: 367). Der Nordweststaat ist im Umwelt-

7 In vielen Einzelstaaten, z.B. auch in Texas, treffen sich die 'Abgeordneten' nur alle zwei Jahre.

8 Obwohl von den Ausgaben im Bildungsbereich nicht direkt auf die Politikergebnisse geschlossen werden kann, ist es dennoch erwähnenswert, daß in Mississippi, das ja keineswegs ein Entwicklungsland, sondern Teil einer hochentwickelten Industrienation ist, ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung noch nicht einmal Lesen kann (Gray 1996: 2; mit weiteren Nachweisen).

9 Zur Situation der (wenigen) weiblichen Mitglieder in den einzelstaatlichen Legislativen der Südstaaten siehe Kerr (1995).

10 In fünf Einzelstaaten (Alaska, Delaware, Montana, New Hampshire und Oregon) wird auf die Erhebung allgemeiner Verbrauchsteuern sogar ganz verzichtet (Council of State Governments 1998, Book of the States 1998-99: 267).

schutz wie im Verbraucherschutz wesentlich aktiver als Oklahoma,¹¹ der Gleichstellung von Frauen steht man dort sehr viel offener gegenüber (vgl. Boles 1979; Daniels und Darcy 1985), und zudem weichen Strafrecht und Strafvollzug erheblich voneinander ab (Council of State Governments 1998: 405 f.). Diese Unterschiede können, wie Erikson, Wright und McIver (1993) gezeigt haben, auf die öffentliche Meinung in den beiden Einzelstaaten zurückgeführt werden: Während die Wähler in Oregon ausgesprochen liberal eingestellt sind, ist die öffentliche Meinung in Oklahoma überaus konservativ geprägt.

Diese neuste Variante der *Comparative State Politics*, bei der das Politikergebnis durch die öffentliche Meinung bzw. durch die ideologische Identifikation der Bürger erklärt wird (Erikson, Wright und McIver 1993),¹² erscheint vielversprechend, da auf diese Weise der traditionelle Ansatz, der nach der Bedeutung der sozioökonomischen und der politisch-institutionellen Variablen fragt, überwunden wurde. Erikson, Wright und McIver kamen dabei zu dem – vor dem Hintergrund der älteren Debatte (ökonomischer Determinismus) – überraschenden Ergebnis, daß einzelstaatliche Politiken in der Tat sehr responsiv auf die öffentliche Meinung reagieren, daß also in liberalen Einzelstaaten liberale Politiken und in konservativen Einzelstaaten konservative Politiken präferiert wurden. Dabei unternahm dieses Forschungsteam den Versuch, die öffentliche Meinung in den Einzelstaaten, die mit der *ideologischen Identifikation* der Wähler gleichgesetzt wurde, unmittelbar zu messen, d.h. bei den Wählerpräferenzen wurde die Selbstidentifikation der Wähler (konservativ versus liberal) als Ausgangspunkt gewählt.¹³ Als besonders liberal erwiesen sich dabei die Einzelstaaten im Nordosten der USA, insbesondere Massachusetts, Rhode Island, New York, New Jersey und Connecticut. Ausgesprochen konservativ eingestellt sind hingegen die Bürger in den Einzelstaaten im Süden und in den Rocky Mountains (z.B. Idaho, Utah oder Mississippi) (ebd. 1993: 16).¹⁴ Der konstruierte Index für den *Politikliberalismus*, der als abhängige Variable gewählt wurde, basiert auf einer Kombination

11 Siehe hierzu Sigelman und Smith (1980); Hall und Kerr (1991a: 3); Hall und Kerr (1991b); Hall (1994).

12 Siehe auch Erikson, Wright und McIver (1989); McIver, Erikson und Wright (1994); zur öffentlichen Meinung in den Einzelstaaten siehe Weber und Shaffer (1972); zum Politikliberalismus der Einzelstaaten siehe ferner Klingman und Lammers (1984); kritisiert wurde der Ansatz von Erikson, Wright und McIver von Camobreco und Kimmelman (1995).

13 Der Bestimmung der ideologischen Identifikation lag folgende Frage zugrunde: „How would you describe your views on most political matters? Generally do you think of yourself as liberal, moderate or conservative?“ Entscheidend ist der in Prozentpunkten gemessene Unterschied zwischen den liberalen und den konservativen Befragten (*liberal minus conservative*). Als Basis dienten CBS/ NYT-Telefoninterviews, die im Zeitraum zwischen 1976 und 1988 durchgeführt wurden (Erikson, Wright und McIver 1993: 12 ff.).

14 Als Hauptursachen der ideologischen Orientierung der Einzelstaaten wurden der Urbanisierungsgrad und das Ausmaß des religiösen Fundamentalismus benannt, da durch diese Variablen die Differenzen zwischen den Einzelstaaten am besten erklärt werden konnten (Erikson, Wright und McIver 1993: 231).

acht verschiedener *policies*, die sehr unterschiedlichen Politikfeldern zuzuordnen sind. Das Spektrum reicht von der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Verbraucherpolitik über die Gleichstellungspolitik und die Steuerpolitik bis hin zur Verbrechensbekämpfung und zur Legalisierung von Glücksspielen (ebd.: 75 ff.).¹⁵ Gemessen an diesem kombinierten Index betrieben New York, Massachusetts, Kalifornien, Oregon und New Jersey die liberalste Politik, während für Arkansas, Mississippi, Alabama und South Carolina das Gegenteil galt (ebd.: 77).

Die Autoren kamen erstens zu dem Schluß, daß die politischen Systeme der Einzelstaaten durchaus auf die Forderungen der Öffentlichkeit reagieren, die Wählerpräferenzen also tatsächlich einen Unterschied machen; zweitens stellten sie fest, daß dem Wandel der öffentlichen Meinung rasch Politikwandel folgt; und drittens ergab sich aus ihren Untersuchungen, daß die Wählerpräferenzen immer wichtiger werden, da „state governments respond to state preferences today more than to preferences in decades past“ (ebd.: 241). Zwischen der ideologischen Identifikation der Wähler und der Liberalität der Staatstätigkeit, bestimmt durch den erwähnten kombinierten Index, besteht ein enger Zusammenhang. Die beiden Variablen korrelieren sehr stark miteinander ($r = 0,82$), und zudem ist ein regionales Muster erkennbar: Besonders liberal ist die Wählerschaft und die Politik im Nordosten und ganz im Westen an der Pazifikküste, besonders konservativ hingegen im Süden und in den Rocky Mountains.

Die Arbeiten von Erikson, Wright und McIver sind im Zusammenhang mit einer von Elazar bereits in den sechziger Jahren entwickelten Typologie der politischen Kultur der amerikanischen Einzelstaaten zu sehen (1966: 85 ff.; 1994: 229 ff.).¹⁶ Die von ihm eingeführte Unterscheidung zwischen der *individualistischen*, der *moralistischen* und der *traditionalistischen* Kultur beschränkte sich dabei keineswegs auf die individuelle Ebene, d.h. auf Werte und Einstellungen der Bevölkerung, wie dies bei Untersuchungen zur politischen Kultur leider häufig geschieht,¹⁷ sondern verband die

15 Einbezogen wurden die folgenden acht *policies*: „(1) *Education*: Public educational spending per pupil; (2) *Medicaid*: Hansons (1983) measure of the ‘scope’ of Medicaid, or the state’s extension of eligibility for Medicaid beyond the minimal levels required by federal regulations; (3) *AFDC*: Hanson’s (1985) ‘scope’ of AFDC eligibility, analogous to the Medicaid measure; (4) *Consumer Protection*: Sigelman and Smith’s (1980) index of state responsiveness to the consumer movement, based on enactments through 1974 of legislation in 28 areas; (5) *Criminal Justice*: The scale is based on the presence of state laws concerning victim compensation, domestic violence, the decriminalization of marijuana possession, and the absence of the death penalty; (6) *Legalized Gambling*: legalization of 10 different kinds of legalized gambling; (7) *Equal Rights Amendment*: number of years from Equal Rights Amendment ratification (if any) until 1978 (Boles 1979); (8) *Tax Progressivity*: Phares’s (1980) scale“ (Erikson, Wright und McIver 1993: 75).

16 Zu dem Ansatz von Elazar siehe auch Sharkansky (1969); Bowman und Kearney (1986: 16 ff.); Morgan und Watson (1991); Dye (1994: 10 ff.); Harrigan (1994: 24 ff.); Berman (1997: 12 f.); Gray (1999: 22 ff.).

17 In der Politikwissenschaft wird der Begriff der politischen Kultur recht unterschiedlich gebraucht: Während Elazar einen sehr umfassenden Ansatz vertritt, der eher an der politischen Gemeinschaft

drei Typen mit allgemeinen Politikmustern und Vorstellungen zur demokratischen Repräsentation. Elazar, der eher historisch vorging und sich dabei vor allem an der Einwanderung ethnischer und religiöser Gruppen orientierte, beschäftigte sich mit grundlegenden politischen Handlungsorientierungen, die unmittelbare Auswirkungen auf die politische Partizipation, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, die Rolle der Parteien und die Beziehungen zwischen politischen Eliten und Bürgern haben.¹⁸

Charakteristisch für die *individualistische Kultur* ist eine Sichtweise, die Politik primär als Mittel zur Durchsetzung der (organisierten) Interessen betrachtet (*political order as marketplace*). In den Einzelstaaten, in denen dieser Typus der politischen Kultur vorherrscht, wird die Politik primär durch Nutzenüberlegungen geleitet, Berufspolitiker orientieren sich vor allem an den materiellen Interessen ihrer Wähler und an der Verbesserung ihrer eigenen Chancen, bei der nächsten Wahl wiedergewählt zu werden, weniger am Gemeinwohl, und Staatsinterventionismus stößt generell auf Ablehnung. In Reinform tritt dieser Typus, folgt man der Auffassung Elazars (Elazar 1966: 97, 1994: 242 f.),¹⁹ z.B. in New Jersey, Pennsylvania, Ohio und Illinois auf. Im krassen Gegensatz dazu steht die *moralistische Kultur*, die sehr stark am Gemeinwohl ausgerichtet ist (*political order as commonwealth*). Während bei der individualistischen Kultur die Unterschiede zwischen den Positionen der Parteien verschwimmen, sind sie bei der moralistischen Kultur klar erkennbar. Von Politikern, die nicht unbedingt Berufspolitiker sein müssen, wird Aufrichtigkeit und Selbstlosigkeit sowie die Verpflichtung gegenüber dem öffentlichen Wohl, vom einzelnen Bürger die Bereitschaft zur Beteiligung an politischen Angelegenheiten erwartet, und Staatsinterventionismus wird befürwortet, wenn dies im allgemeinen Interesse liegt.²⁰ Rein moralistisch geprägt sind z.B. die beiden Neuenglandstaaten Maine und Vermont, aber auch Michigan, Wisconsin und Minnesota im Mittleren Westen sowie Oregon ganz im Nordwesten. Dem dritten Typus, der *traditionalistischen Kultur*, liegt demgegenüber eine ganz andere Vorstellung von Politik zugrunde. Hier dominieren traditionelle soziale und religiöse Werte und eine paternalistische Elite, auf die sich die poli-

als beim Individuum ansetzt und die den Bürgern wie den Eliten zugeordneten Rollen sowie die Ziele der Staatstätigkeit reflektiert, geht es bei der in der Tradition von Almond und Verba (1963, 1989) stehenden Forschungsrichtung primär um die Einstellungen und das Verhalten von Individuen.

- 18 Zur empirischen Überprüfung dieses Ansatzes siehe vor allem Fitzpatrick und Hero (1988), die einige Hypothesen auf der Systemebene bestätigen konnten. Auf die individuelle Ebene scheinen Elazars Annahmen hingegen nicht anwendbar zu sein (Nardulli 1990); vgl. auch Hanson (1992), der sich mit der Anpassung von Migranten an eine andere politische Kultur befaßte und zu dem Schluß kam, daß die 'moralistische Prägung' am ehesten zu stabilen Verhaltensmustern führt, die auch in einer neuen Umgebung kaum aufgegeben werden.
- 19 Elazar unterschied zwischen drei reinen Typen (moralistisch, individualistisch und traditionalistisch) sowie fünf Mischtypen (moralistisch-individualistisch, individualistisch-moralistisch, individualistisch-traditionalistisch, traditionalistisch-individualistisch und traditionalistisch-moralistisch) (Elazar 1966: 85 ff.).
- 20 Da die kommunitaristische Tradition hier stark ist, werden Regelungen auf der lokalen Ebene Eingriffen des Einzelstaates oder gar des Bundes vorgezogen (Elazar 1994: 234).

tische Macht konzentriert. Diejenigen, die diesem 'auserwählten' Kreis nicht angehören, sollten sich möglichst aus der Politik heraushalten, und vom einzelnen Bürger wird noch nicht einmal erwartet, daß er zur Wahl geht. Dieses elitäre Politikmodell, das primär der Erhaltung der bestehenden Ordnung dient, ist regional begrenzt und beschränkt sich ausschließlich auf den amerikanischen Süden.

Erikson, Wright und McIver (1993: 150 ff.) haben versucht, die von Elazar herausgearbeiteten politischen Subkulturen auf ihr Modell, d.h. auf den Zusammenhang zwischen öffentlicher Meinung und Staatstätigkeit zu übertragen.²¹ Die angewandten Tests zeigten, daß Elazars Typologie eine gute Hilfestellung bietet, wenn es darum geht, vorauszusagen, wie sich die politische Meinung in den Einzelstaaten auf die Staatstätigkeit auswirkt. Elazars Klassifizierung war nicht nur auf die Responsivität der einzelstaatlichen Politik gut anwendbar (ebd. 246),²² sondern erwies sich auch bei der Einschätzung des Musters der demokratischen Repräsentation und des Verlaufs politischer Prozesse als recht nützlich.

Damit kann zusammenfassend festgehalten werden, daß sich Fragestellung wie Erklärungsmodelle der *Comparative State Politics* seit ihrer Entstehung in den sechziger Jahren stark verändert haben. Insbesondere rückte in den letzten Jahren die ideologische Identifikation der Wähler ins Zentrum der Betrachtung, d.h. der politischen Kultur der Einzelstaaten wird heute ein wesentlich größerer Stellenwert eingeräumt. Angesichts der aktuellen Entwicklung kann die alte Streitfrage nach der Bedeutung der sozioökonomischen und der politisch-institutionellen Variablen neu gestellt werden: Folgt man der Auffassung von Erikson, Wright und McIver, so ist unter Berücksichtigung der öffentlichen Meinung der Einfluß der sozioökonomischen Variablen zu vernachlässigen (Erikson, Wright und McIver 1993: 82 ff.). Offensichtlich läßt sich der Liberalismus der Einzelstaaten nicht einfach auf die sozioökonomischen Faktoren reduzieren, weil reichere, stärker urbanisierte und industrialisierte Einzelstaaten nicht immer liberaler sind als ärmere Einzelstaaten.

Diese allgemeinen Vorüberlegungen bilden die Grundlage der nun folgenden Analyse der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit der Einzelstaaten, die in den genannten Untersuchungen nicht berücksichtigt wurde. Zum einen ist davon auszuge-

21 Von Elazar selbst dürfte dies allerdings keineswegs intendiert gewesen sein: „... the names of the political cultures are not substitutes for the terms *conservative* and *liberal*, and should not be taken as such“ (Elazar 1994: 253).

22 „Interestingly, the one identifiable variable that statistically divides states in terms of responsiveness is Daniel Elazar's classification of state political subculture as traditionalistic, individualistic, or moralistic. We find the lowest responsiveness of policy to opinion in the traditionalistic (largely southern) states and the highest responsiveness in the individualistic states, where the policy process appears driven by the parties' willingness to accommodate state opinion over activist ideology. For parties in individualistic states, winning seems to dominate ideology. Moralistic states, on the other hand, show parties driven more by their own ideological concerns than by electoral necessity. In moralistic states, the ideological distances between the parties are greater, and legislators appear

hen, daß ein enger Zusammenhang zwischen dem kombinierten Index des Politikliberalismus von Erikson, Wright und McIver und der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit festzustellen ist. Zum anderen kann angenommen werden, daß die umweltpolitische Innovationsfähigkeit der Einzelstaaten auf die Liberalität der öffentlichen Meinung zurückgeführt werden kann. Überträgt man die Ergebnisse von Erikson, Wright und McIver auf die Umweltpolitik, so müßten Unterschiede zwischen den drei von Elazar skizzierten politischen Kulturen zu Tage treten, insbesondere müßte in moralistischen Einzelstaaten eine innovativere Umweltpolitik erkennbar sein als in traditionalistischen. Die skizzierten Ansätze zur Liberalität der öffentlichen Meinung und zur politischen Kultur auf der einzelstaatlichen Ebene geben zudem Grund zu der Annahme, daß eine Entkopplung zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Innovationsfähigkeit möglich ist.

3. Erklärungsmodelle umweltpolitischer Innovationen

Ein systematischer Vergleich des umweltpolitischen Innovationspotentials der amerikanischen Einzelstaaten wurde im Rahmen einer Untersuchung des *Institute for Southern Studies* (Hall und Kerr 1991a) durchgeführt. Ermittelt wurden in dieser Studie zwei Faktoren: die Umweltqualität (*green conditions*) und die umweltpolitische Innovationsfähigkeit (*green policies*). Erfasst wurden insgesamt 256 Indikatoren, 179 für die Bewertung der Umweltqualität²³ und 77 für die Innovationsfähigkeit.²⁴ Zwar läßt sich keineswegs ein klarer Zusammenhang zwischen der Umweltqualität und der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit der Einzelstaaten feststellen; es zeigt sich jedoch ein spezifisches regionales Muster: Die Einzelstaaten mit hoher Innovationsfähigkeit bei gleichzeitig überdurchschnittlicher Umweltqualität konzentrieren sich vor allem im Nordosten, insbesondere in Neuengland, und an der Pazifikküste, die man als Ökotopia bezeichnen kann (Garreau 1980; Callenbach 1990). Kalifornien ist der innovativste Einzelstaat überhaupt, gefolgt von Oregon, wo die Umwelt im Gegensatz zum großen Nachbarn im Süden aber noch weitgehend intakt ist. In der Mehrzahl sind diese Einzelstaaten relativ dicht besiedelt, und der Anteil der städtischen Bevölkerung ist ebenso wie das Durchschnittseinkommen vergleichsweise hoch (Bureau of the Census 1998: 29, 40, 460). Die Wähler vertreten liberale Auffassungen,

more faithful to their party programs“ (Erikson, Wright and McIver 1993: 246).

23 Luftverschmutzung (18 Indikatoren), Gewässerbelastung (24 Indikatoren), Energieerzeugung und Energieverbrauch (28 Indikatoren), Transport und Verkehr (10 Indikatoren), Abfall (30 Indikatoren), Gesundheit (12 Indikatoren), Arbeitsschutz (11 Indikatoren), Landwirtschaft (14 Indikatoren), Forstwirtschaft und Fischerei (13 Indikatoren), Freizeit und Lebensqualität (19 Indikatoren).

24 Die Beurteilung der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit basierte erstens auf der Einführung von 50 ausgewählten umweltpolitischen Programmen (z.B. von Recycling oder Umweltabgaben); zweitens auf der Bewertung von 17 Umweltprogrammen, die in allen Einzelstaaten implementiert werden; drittens auf der Höhe der einzelstaatlichen Ausgaben für Umweltschutzmaßnahmen; und viertens auf dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten auf nationaler Ebene.

die Politiker präferieren liberale Politiken, und zudem finden sich hier nur Einzelstaaten mit individualistischer oder moralistischer Kultur. Die Einzelstaaten, die dieser Gruppe angehören, können eine positive umweltpolitische Bilanz vorweisen, und es ist zu erwarten, daß die vorhandene Umweltqualität in diesen Regionen erhalten bleibt oder sogar verbessert werden kann.

Charakteristisch für den gesamten Westen der USA,²⁵ wo Land- und Forstwirtschaft sowie der Bergbau auch heute noch eine wichtige Rolle spielen, ist hingegen eine Kombination niedriger Innovationspotentiale mit einer relativ hohen Umweltqualität. Es handelt sich durchgängig um Einzelstaaten, die nur sehr dünn besiedelt sind, und das Durchschnittseinkommen liegt hier – abgesehen von Nevada sowie Colorado – weit unter dem nationalen Durchschnitt (Bureau of the Census 1998: 460). Die Wählerpräferenzen wie die Politikmuster sind recht konservativ, kombiniert mit einer vornehmlich moralistisch geprägten politischen Kultur. Ob die heute (noch) vergleichsweise gute Umweltqualität erhalten bleiben wird, mag aufgrund dieser strukturellen Bedingungen bezweifelt werden, da die natürlichen Ressourcen oftmals über Gebühr beansprucht werden.

Die schlechteste Ausgangsposition für eine erfolgreiche Umweltpolitik finden wir im Süden der USA.²⁶ Zum einen ist die Umweltqualität teilweise extrem schlecht, zum anderen sind umweltpolitische Initiativen eher die Ausnahme, da die meisten Einzelstaaten in dieser Region bei der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit weit unter dem Durchschnitt liegen. In dieser Region finden sich – wie im Westen – einige Einzelstaaten mit sehr niedrigem Pro-Kopf-Einkommen (z.B. Mississippi) (Bureau of the Census 1997: 457). Die Unterschiede im Vergleich zu anderen Regionen sind unübersehbar, und die negative umweltpolitische Bilanz ist nicht nur auf fehlende ökonomische Ressourcen, sondern auch auf die allgemeinen Handlungsorientierungen der politischen Elite zurückzuführen. Da umweltpolitische Innovationen bereits durch die in der gesamten Region vorherrschende traditionalistische Kultur, die mit einer konservativen Wählerschaft und entsprechenden Politikmustern einhergeht, stark behindert werden, bestehen kaum Aussichten auf eine rasche Verbesserung der Umweltqualität.

Bei der Erklärung des umweltpolitischen Innovationspotentials kann auf die skizzierten Ansätze zur öffentlichen Meinung und zur politischen Kultur in den amerikanischen Einzelstaaten zurückgegriffen werden. Eine solche Kombination wählte z.B. Evan J. Ringquist (1993), aus dessen Studie sich die Schlußfolgerung ziehen läßt, daß die Qualität umweltpolitischer Programme vor allem von sozioökonomischen

25 *Western Plains* (Nebraska, North Dakota, South Dakota) und *Rocky Mountains* (Montana, Idaho, Wyoming, Colorado, Utah, Nevada, New Mexico, Arizona).

26 Dies gilt insbesondere für die meisten Einzelstaaten des *Old South (Dixie)*, z.B. Arkansas, Alabama, Mississippi, Tennessee, Texas, Louisiana, South Carolina und Georgia.

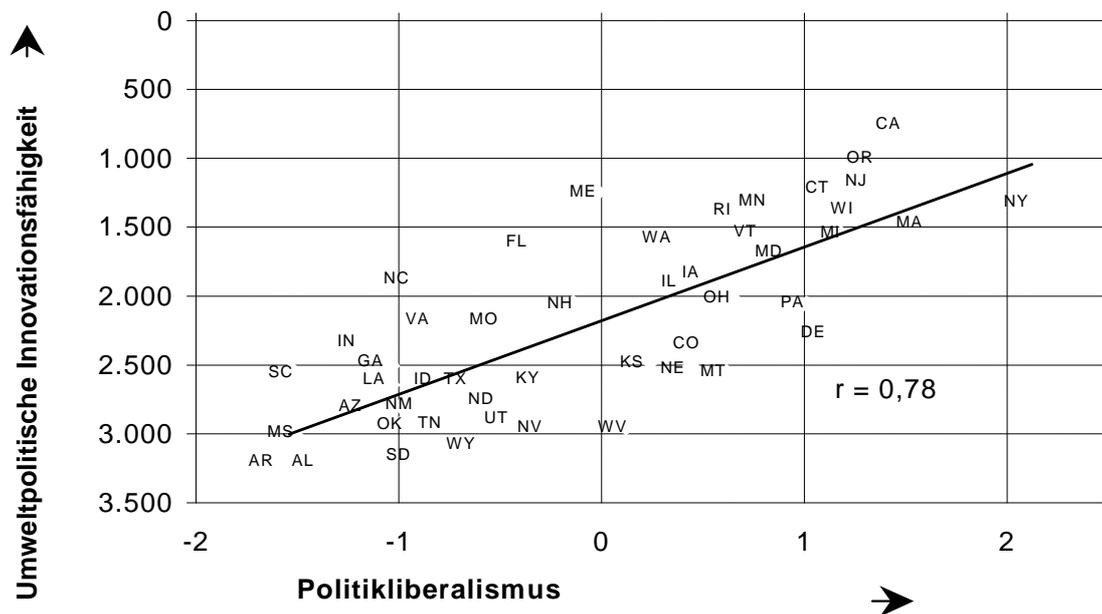
Faktoren (Pro-Kopf-Einkommen), politisch-institutionellen Faktoren (legislative Professionalität), politisch-kulturellen Faktoren (Liberalität der öffentlichen Meinung) und soziopolitischen Faktoren (Stärke der Interessengruppen) abhängig ist. Da viele Studien zu ganz ähnlichen Ergebnissen kamen, können die Forschungsergebnisse von Ringquist zur Abfallpolitik und zum Gewässerschutz der Einzelstaaten durchaus als repräsentativ angesehen werden: „... states with more liberal citizens, more environmentally concerned political elites, stronger environmental groups, more professional legislatures, and greater threats to environmental quality enact stronger pollution control regulations“ (Ringquist 1994: 40).²⁷

Der Zusammenhang zwischen dem von Erikson, Wright und McIver (1993: 77) konstruierten Index für Politikliberalismus, d.h. der bereits erwähnten Kombination aus acht liberalen Politiken, der die Umweltpolitik nicht umfaßt, und der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit (*Green Policies*) ergibt sich aus Abbildung 1. Aus der recht starken Korrelation ($r = 0,78$) kann geschlossen werden, daß Einzelstaaten, die sozialpolitisch oder verbraucherpolitisch aktiver sind, der Gleichberechtigung von Frauen und Minderheiten einen höheren Stellenwert einräumen oder in der Verbrechensbekämpfung neue Wege beschreiten, zumindest tendenziell auch eine innovativere Umweltpolitik betreiben.²⁸ Einige Einzelstaaten fallen dadurch auf, daß sie, obgleich sie ohnehin eine sehr liberale Politik betreiben, umweltpolitisch noch innovativer sind, als dies eigentlich zu erwarten wäre: Ganz deutlich ist dies bei Maine (ME) und Kalifornien (CA), klar erkennbar bei Oregon (OR), Minnesota (MN) und Washington (WA) – alles Einzelstaaten, in denen die moralistische Kultur vorherrscht. Ergänzt wird diese Gruppe durch New Jersey (NJ), Connecticut (CT) und Rhode Island (RI), wo die individualistische Kultur dominiert.²⁹

27 Auf die Bedeutung starker Umweltverbände sowie einer liberalen Wählerschaft und liberaler Politiker verweisen auch Hays, Esler und Hays (1996: 41).

28 In der international vergleichenden Umweltpolitikanalyse findet sich ein ganz ähnliches Argumentationsmuster, das sich auf den Zusammenhang zwischen erfolgreicher Umweltpolitik und der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung (Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik) bezieht (Jänicke 1990a: 218 ff.).

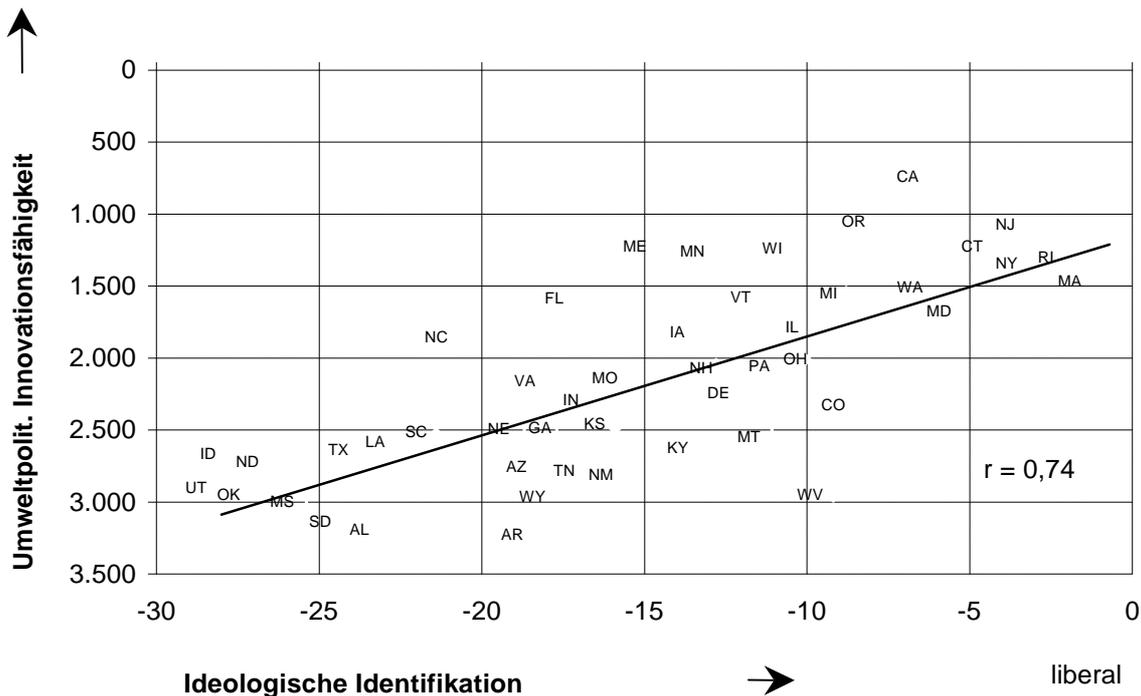
29 Starke Abweichungen zeigen auch North Carolina (NC) und Florida (FL). Im Falle North Carolinas sollte berücksichtigt werden, daß dieser traditionalistisch-moralistisch klassifizierte Einzelstaat über mehr Hochschulen und Forschungseinrichtungen verfügt als die meisten anderen Südstaaten. In North Carolina sind einige Forschungsabteilungen der *U.S. Environmental Protection Agency* angesiedelt, und im Hinblick auf die Anzahl der Studenten nimmt dieser Einzelstaat unter den Südstaaten – nach Texas und Florida – den dritten Rang ein (Bureau of the Census 1998: 192). Auf die Ursachen für die relativ hohe umweltpolitische Innovationsfähigkeit Floridas wird weiter unten eingegangen.

Abbildung 1: Politikliberalismus und umweltpolitische Innovationen

Darüber hinaus besteht eine enge Beziehung zwischen der öffentlichen Meinung und der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit der Einzelstaaten (Abbildung 2). Besonders Augenmerk verdient hier eine aus fünf Einzelstaaten – Kalifornien (CA), Oregon (OR), Wisconsin (WI), Minnesota (MN) und Maine (ME) – bestehende Gruppe, die umweltpolitisch erheblich innovativer ist, als dies aufgrund der ideologischen Identifikation der Wähler eigentlich zu erwarten wäre.³⁰ Vier dieser Einzelstaaten haben nach der Klassifikation von Elazar eine rein moralistische Kultur, und Kalifornien fällt in die Gruppe der moralistisch-individualistischen Einzelstaaten. Offenbar ist eine liberale Wählerschaft kombiniert mit einer moralistisch geprägten politischen Kultur der beste Garant für eine besonders innovative Umweltpolitik.³¹ Auffällig ist dabei insbesondere, daß das ökonomische Entwicklungsniveau dieser Innovateure längst nicht so hoch ist wie in den individualistisch geprägten Vorreiterstaaten (z.B. New Jersey oder Connecticut). Wir haben es hier mit einer Gruppe von Einzelstaaten zu tun, die eine hervorragende Umweltpolitik betreiben, obgleich ihre Wirtschaftsstruktur noch durch das produzierende Gewerbe beherrscht wird, was eigentlich eher für laxere Umweltstandards spricht (vgl. Gray 1996: 20). Erklären läßt sich die außergewöhnliche umweltpolitische Innovationskraft dieser Einzelstaaten also in erster Linie durch die Liberalität der Wähler und die dort dominierende moralistisch geprägte politische Kultur.

30 Bei den weniger liberalen Einzelstaaten fallen erneut North Carolina und Florida aus dem Rahmen.

31 Die einzige Ausnahme stellt hier Colorado dar; zudem gibt es einige extrem konservative Einzelstaaten, die von Elazar ebenfalls als moralistisch klassifiziert wurden, z.B. North Dakota oder Utah, die umweltpolitisch bislang kaum aktiv geworden sind.

Abbildung 2: Öffentliche Meinung und umweltpolitische Innovationen

vationsfähigkeit dieses Einzelstaates rückt daher primär die politische Kultur ins Blickfeld.³³

Allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung Oregons

Das 1859 gegründete Oregon, das etwa so groß ist wie Großbritannien, liegt im Einzelstaatenvergleich bei der Fläche zwar an neunter Stelle, nimmt bei der Einwohnerzahl mit etwa 3,2 Millionen aber nur den 29. Rang ein (Bureau of the Census 1998: 28 f.). Das Land ist nicht nur knapp zur Hälfte mit Wald bedeckt, der zu 60 Prozent im öffentlichen Eigentum ist (Oregon Blue Book 1995-96: 199), sondern auch mit anderen natürlichen Ressourcen reich gesegnet. Die Suche nach Gold und Silber hatte im *'beaver state'* allerdings längst nicht den gleichen Stellenwert wie in den beiden Nachbarstaaten im Süden, Kalifornien (*'golden state'*) und Nevada (*'silver state'*). Das Interesse am Nordwesten der USA, dem *'Oregon Country'*, aus dem später nicht nur Oregon, sondern auch Washington und Idaho entstehen sollten, stieg beträchtlich, nachdem Präsident Thomas Jefferson im Jahre 1803 Frankreich *'Louisiana'* abgekauft hatte (*'Louisiana Purchase'*).³⁴ Von 1804 bis 1806 führten Meriwether Lewis, der persönliche Berater Jeffersons, und William Clark die erste Expedition auf dem Landweg, von St. Louis bis an die Mündung des Columbia River, durch. In der Folgezeit wurde Astoria zum Zentrum des Pelzhandels, der zunächst noch durch die Briten beherrscht wurde. Diese hatten bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts großen Einfluß in der Region, da eine dauerhafte Lösung der Grenzstreitigkeiten zwischen Kanada und den USA erst 1846 gefunden werden konnte.

Nach dem Eintreffen der ersten größeren Trecks über den *Oregon Trail* Anfang der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts entwickelte sich, zunächst insbesondere in dem westlich gelegenen Willamette Valley, die Landwirtschaft als eine der tragenden Säulen der Ökonomie Oregons. Dieses Land im Nordwesten war nicht das Ziel der Goldsucher, d.h. jener Abenteurer, die es eher nach Kalifornien zog: „A common belief among Oregon pioneers was that the less respectable overlanders sought quick fortune in the gold fields of California, while conservative, orderly, family-oriented folk sought Oregon“ (Schwantes 1996: 105). Bei den Pionieren, deren Einstellungen und Verhaltensmuster das Land nachhaltig geprägt haben, handelte es sich um eine relativ homogene Gruppe: Meist waren es Familien, fast alle Protestanten, nur wenige vermögend, aber auch nur wenige wirklich arm, da gewisse finanzielle Mittel

33 Zu den Effekten der direkten Demokratie, die in Oregon bereits im Jahre 1902 eingeführt wurde, siehe Kern (1999: 120 ff.).

34 Der *'Louisiana Purchase'* beschränkte sich keineswegs auf das heutige Louisiana, sondern umfaßte neben den *'Great Plains'* große Teile der Rocky Mountains.

erforderlich waren,³⁵ um die für diesen langen Trip notwendige Ausrüstung zu kaufen, und schließlich waren die meisten Einwanderer Landwirte.³⁶

Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, die Holzverarbeitende Industrie und die Nahrungsmittelindustrie dominierten die Wirtschaft Oregons bis vor wenigen Jahrzehnten und sind – trotz des sich abzeichnenden Strukturwandels – auch heute noch von zentraler Bedeutung. In den traditionellen Wirtschaftssektoren werden neue Wege eingeschlagen: *Sustainability* ist längst kein Fremdwort mehr, die Anzahl der alternativen Landwirtschaftsbetriebe hat zugenommen, und einige Rancher züchten mittlerweile Lamas (Jewell 1996: 46). Darüber hinaus sind in den letzten Jahren neue Arbeitsplätze vor allem in der Mikroelektronik und im Tourismus entstanden. Von 1980 bis 1993 gingen zwar 16.400 Arbeitsplätze in der Holzindustrie (*lumber and wood-products manufacturing*) verloren, gleichzeitig konnten aber mehr als 10.000 neue Arbeitsplätze allein im Hochtechnologiesektor geschaffen werden, in dem heute mehr *Oregonians* beschäftigt sind als in der Holzindustrie (Seideman 1996: 67). Die Arbeitslosenquote sank auf etwa fünf Prozent, d.h. sogar unter das im internationalen Vergleich ohnehin sehr niedrige nationale Niveau. Der Tourismus avancierte zur drittgrößten Einnahmequelle, und dies mit steigender Tendenz und hervorragenden Zukunftsperspektiven – auch was die Schaffung neuer Arbeitsplätze betrifft (Oregon Blue Book 1995-96: 198 ff., 401; Seideman 1996: 68 ff.).

Oregon ist zwar nicht reich, gehört aber zu den neun Einzelstaaten, deren politische Kultur Elazar als rein moralistisch beschreibt. Die Dominanz der moralistischen Kultur läßt sich dadurch erklären, daß viele der Einwanderer oder deren Vorfahren entweder aus Skandinavien stammten oder aus dem puritanisch geprägten Neuengland über die nördliche Region der Großen Seen in den pazifischen Nordwesten gelangten (Elazar 1966, 1994: 241 f.). Dies zeigt auch die frühe Entwicklung Portlands, der größten Stadt Oregons, die 1845 gegründet und nach Portland in Maine benannt wurde: „Portland was the New England city of the West: well-to-do, with a high moral tone, and a resolute church-going populace“ (Jewell 1996: 42). Die moralistische Kultur, die direkte wie indirekte Auswirkungen auf die Politik hat, prägte Oregon also von Anfang an. Ähnlich wie in Neuengland ging dies jedoch nicht immer mit dem

35 Zur Entwicklung der Einkommensverteilung in den Einzelstaaten siehe Langer (1999: 63). 1989 fand sich Oregon auf dem 13. Rang, während 8 der 10 Einzelstaaten, in denen die Unterschiede am größten sind, im Süden lagen.

36 Die zentrale Stellung der Landwirtschaft in der Ökonomie Oregons hatte weitreichende Auswirkungen auf das politische System und die politische Kultur, was sich bereits in der Verfassung von 1857 widerspiegelt: „... the convention and the document it produced define a coherent political culture, a people eschewing luxury, ostentation and growth, embracing prudence and diligence, distrusting paternalism, hating privilege and worshipping their own autonomy--sturdy yeoman farmers and small merchants, industrious, stubborn and somewhat small-minded“ (Schuman 1995: 639); siehe auch Johnson (1992), der die Gründungsphase Kaliforniens, Oregons und Nevadas vergleichend untersuchte.

heute spürbaren ausgesprochen liberalen Klima einher, denn bis zum zweiten Weltkrieg war Oregon noch sehr konservativ, was sich erst in der Nachkriegszeit allmählich änderte (Erikson, Wright und McIver 1993: 222). Der Wandel der öffentlichen Meinung, gerade in den siebziger und achtziger Jahren, als die vorbildliche Umweltgesetzgebung ihren Höhepunkt erreichte, ist auch ein Resultat der Einwanderungswellen der letzten Dekaden: Seit den sechziger Jahren zog es viele gut ausgebildete, idealistische und politisch eher progressive Migranten vor allem aus Kalifornien, aber auch aus dem östlichen Teil der USA nach Oregon (McRae und Jewell 1995: 448).

Umweltpolitische Innovationen in Oregon

Weder bestehen in Oregon, wo die Umwelt noch weitgehend intakt ist, drängende umweltpolitische Handlungszwänge noch verfügt dieser Einzelstaat über die gleichen sozioökonomischen und politisch-institutionellen Handlungskapazitäten wie andere Umweltinnovateure. Trotzdem liegt Oregon bei den umweltpolitischen Innovationen ganz vorn,³⁷ und dies bereits von Anfang an: Im Biberstaat wurde man nicht nur in der Gewässerschutzpolitik, sondern auch in der Luftreinhaltungspolitik schon sehr frühzeitig aktiv. Da der Willamette River in den zwanziger und dreißiger Jahren einer Kloake glich und immer wieder Fischsterben auftraten, wurde bereits 1938 durch eine Volksinitiative die *State Sanitary Authority* geschaffen,³⁸ deren Aufgabe nicht nur die Verbesserung der Wasserqualität des Willamette River, sondern der Gewässerschutz in ganz Oregon war. Diese Behörde ging dann 1969 in einer allgemeinen Umweltbehörde auf, dem *Oregon Department of Environmental Quality*, das 1996 mehr als 700 Beschäftigte hatte (Oregon Department of Environmental Quality 1988: 17; ecos 3, Nr. 5). Da die Behörde zunächst nur über sehr eingeschränkte Möglichkeiten verfügte, die Verschmutzer zu Verhaltensänderungen zu zwingen, verbesserte sich die Gewässergüte, insbesondere des Willamette River, nur geringfügig. Die ersten Kläranlagen gingen zwar 1948 in Betrieb, das größte Problem waren jedoch die Papierfabriken, die ihre Abwässer weiterhin ungeklärt einleiteten. Als Reaktion ist ein 1963 beschlossenes Gesetz zu interpretieren, durch das es erstmals möglich wurde, stark verschmutzende Industrieanlagen vorübergehend zu schließen (Walth 1994: 147). Dieser Reform kann durchaus Erfolg bescheinigt werden, denn seit 1972 kann

37 Innovative Politikansätze haben in Oregon eine lange Tradition, z.B. gehörte der Nordweststaat zu den ersten Einzelstaaten, die um die Jahrhundertwende Formen der direkten Demokratie einführen, und 1906 wurde dort der erste U.S. Senator direkt vom Volk gewählt. Oregon hatte aber auch in anderen Fällen die Nase vorn, etwa bei der Dekriminalisierung des Besitzes kleiner Mengen von Marihuana (1973) oder bei einer gesundheitspolitischen Reform (1989), durch die Basisleistungen für alle Armen bereitgestellt wurden (March 1981: 102; Leichter 1992: 117; Dilulio und Kettl 1994; Lammers 1996; Carter 1998: 69).

38 Allerdings wurde die *Water Purification and Prevention of Pollution Bill* eigentlich schon 1937 von der Legislative verabschiedet, stieß dann aber auf den Widerstand des Gouverneurs, der wegen der zu erwartenden finanziellen Belastung der Städte sein Veto geltend machte (McCall und Neal 1977: 179).

man im Willamette River wieder schwimmen, und selbst die Lachse sind zurückgekehrt (Long 1994: 95 ff.).

Vorreiter war Oregon auch in anderen Umweltbereichen: Schon 1952 wurde das erste umfassende Luftreinhaltegesetz auf einzelstaatlicher Ebene verabschiedet sowie eine allgemeine Luftreinhaltebehörde eingerichtet, d.h. Oregon war hier sogar schneller als Kalifornien, wo man sich länger auf lokale und regionale Regelungen beschränkte. Durch die Verabschiedung der *Beach Bill* von 1971 wurde der freie Zugang zu den Stränden gesichert, der in Oregon zwar eine lange Tradition hat, damals aber zur Disposition stand (Walth 1994: 179 ff.).³⁹ Erwähnenswert sind daneben die ersten Initiativen zur Vermeidung der Zerstörung der Ozonschicht: Oregon war der erste Einzelstaat, der bereits 1975 den Verkauf aerosolhaltiger Spraydosen untersagte (March 1981: 102 f.). Nationale Aufmerksamkeit erregte daneben die Abfallpolitik durch ein Gesetz, das auf die Reduzierung des Mülls durch ein Verbot von Getränkedosen und -flaschen, die nicht wiederverwendet werden können, und die Erhebung eines Flaschenpfands abzielte (*Bottle Bill*, 1971) (McCall und Neal 1977: 204 ff.). Diese heiß umstrittene Politikinnovation hatte Folgen für das ganze Land, da schon sehr bald in anderen Einzelstaaten ähnliche Maßnahmen diskutiert und schließlich eingeführt wurden, z.B. 1972 in Vermont, 1976 in Michigan, Maine und New York, 1979 in Massachusetts, Connecticut und Iowa (March 1981: 102).

Die eigentliche Stärke Oregons liegt allerdings im Bereich der Flächennutzungsplanung,⁴⁰ denn schon seit 1973 existiert ein entsprechendes Gesetz. Durch den *Oregon Land Use Act* wurden Städte und *counties* verpflichtet, Flächennutzungspläne aufzustellen, die sich an 19 auf der einzelstaatlichen Ebene festgesetzten Planungszielen orientieren müssen. Diese übergreifenden Ziele beziehen sich keineswegs nur auf die Stadtplanung, sondern z.B. auch auf den Schutz der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, den Küstenschutz, die Verkehrsplanung, ja sogar auf Energiesparmaßnahmen. Dieser Ansatz fand schnell nationale Anerkennung, und das in Oregon eingeführte System der Flächennutzungsplanung wurde später von vielen anderen Einzelstaaten übernommen, obgleich auf die in Oregon praktizierte intensive Bürgerbeteiligung häufig ganz verzichtet wurde. Diese Entwicklung ist auch die eigentliche Ursache für die – für amerikanische Verhältnisse – vorbildliche Integration von Flächennutzungsplanung und Verkehrspolitik, die insbesondere

39 Die Tradition der öffentlich zugänglichen Strände geht auf die *Progressive Era* und den demokratischen Gouverneur Oswald West (1911-1915) zurück, der die geniale Idee hatte, alle Strände zum *highway* zu erklären, wodurch die private Bebauung wirksam verhindert wurde. Die *Beach Bill* von 1971 erfüllte den gleichen Zweck. Zwar gibt es mittlerweile Privateigentum, eine Bebauung ist jedoch aufgrund der staatlichen Flächennutzungsplanung nicht möglich (Walth 1994: 184 ff.).

40 Auf den Zusammenhang zwischen der politischen Kultur und der Flächennutzungsplanung in Oregon verweist Abbott (1994: 205): „There is a strong reservoir of support for land use planning in Oregon because both the concept and the processes fit with the underlying political culture and values of the state.“

in Portland beobachtet werden kann, das als nationaler Erfolgsfall gilt. Zwar stieß der *Land Use Act* keinesfalls überall auf Begeisterung; die Versuche, ihn per Volksinitiative abzuschaffen oder zumindest einzuschränken, sind aber immer wieder gescheitert, weil die in Oregon praktizierte Flächennutzungsplanung von der Bevölkerung mitgetragen wird (Abbott 1994).

Sucht man nach den Gründen für die umweltpolitische Innovationsfähigkeit Oregons, so bietet sich vor allem die Liberalität und die politische Kultur dieses Einzelstaates im pazifischen Nordwesten als Erklärungsansatz an. Die wichtige Rolle, die die Umweltverbände in Oregon spielen,⁴¹ steht damit im Einklang, da sich die Liberalität der Einzelstaaten auf die Stärke der Umweltverbände auswirkt. Allerdings kann die vorbildliche Umweltpolitik nicht allein auf strukturelle Determinanten zurückgeführt werden, da daneben die spezifische Situation während der Institutionalisierungsphase zu berücksichtigen ist. Die fortschrittliche Umweltpolitik hat ihre Wurzeln in den sechziger und siebziger Jahren und wird häufig im Zusammenhang mit dem legendären Gouverneur Tom McCall genannt, in dessen Amtszeit (1967-1975) die Verabschiedung der *Beach Bill* (1971), der *Bottle Bill* (1971) und des *Land Use Act* (1973) fällt. Gouverneur McCall, ein Republikaner, sah Oregon als einen Ort „that twinkles afar with progressive energies and ambitious new experiments“ (Leonard 1983: xiv), und er sprach die Umweltpolitik betreffend auch eine ganz eindeutige Sprache. Weit über die Grenzen Oregons hinaus wurden seine 1973 geäußerten Positionen zur Notwendigkeit der Flächennutzungsplanung bekannt: „There is a shameless threat to our environment and the whole quality of life--the unfettered despoiling of the land. Sagebrush subdivisions, coastal ‘condomenia’, and the ravenous rampage of suburbia in the Willamette Valley all threaten to mock Oregon’s status as the environmental model for the nation ... The interests of Oregon for today and in the future must be protected from grasping wastrels of the land“ (McCall und Neal 1977: 200). Darüber hinaus vertrat Gouverneur McCall eine klare Position zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie: „Oregon has not been an over-eager lap-dog to the economic master. Oregon has been wary of smokestacks and suspicious of rattle and bang. Oregon has not camped, cup in hand, at anyone’s affluent doorstep. Oregon has wanted industry only when that industry was willing to want what Oregon is“ (ebd.: 190 f.).⁴²

41 Die Entwicklung der Umweltverbände in den Einzelstaaten wird leider nicht systematisch erhoben. Jedoch gehörte Oregon Mitte der achtziger Jahre zu den 6 Einzelstaaten, in denen die Anzahl der Mitglieder der 10 größten Umweltorganisationen am höchsten war (Abbott 1994: 209; mit weiteren Nachweisen); vgl. ferner Andrews (1998).

42 Nationale Aufmerksamkeit zog daneben vor allem seine 1971 in einem Interview geäußerte Stellungnahme auf sich: „Come visit us again and again. This is a state of excitement. But for haven’s sake, don’t come here to live“ (Walth 1994: 314). Sein Ziel, das durch Zuzüge verursachte starke Bevölkerungswachstum in den Griff zu bekommen, erreichte er damit allerdings nicht, da Oregon für viele durch diese Aussagen erst richtig attraktiv wurde.

Obgleich dieser 'McCall-Effekt' bei der Einschätzung der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit Oregons keineswegs in Abrede gestellt werden soll, so kann er weder von den strukturellen Bedingungen Oregons noch von der spezifischen Situation in den siebziger Jahren getrennt werden. Durch die Veränderung der politischen Situation – in Oregon wie auf der nationalen Ebene – öffnete sich damals ein Politikfenster (*policy window*) (Kingdon 1995), und die dadurch entstandene Möglichkeit, einen fundamentalen Politikwandel einzuleiten, wurde von McCall optimal genutzt. Kingdon vergleicht politische Unternehmer (*policy entrepreneurs*), d.h. Akteure, die wie McCall einen Politikwandel anstreben, mit „surfers waiting for the big wave“ (Kingdon 1994: 221; Kingdon 1995: 165; vgl. Schneider und Teske 1995). In diesem Sinne war McCall zweifellos ein hervorragender Surfer, die von ihm genutzten Handlungschancen hätten sich in anderen Einzelstaaten aber gar nicht erst ergeben, da das Warten auf die große Welle, die McCall zwar nutzte aber nicht erzeugte, aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen völlig zwecklos gewesen wäre. Das starke umweltpolitische Engagement McCalls, das in Oregon zum Erfolg führte, weil die Mehrheit der *Oregonians* damals ähnlich dachte, hätte in Alabama oder Mississippi mit ziemlicher Sicherheit andere Ergebnisse zur Folge gehabt. Ganz abgesehen davon, daß es tief im amerikanischen Süden gar keine McCalls gibt, wäre ein Politiker seines Zuschnitts dort wohl sehr schnell untergegangen.

Oregon ist keinesfalls ein Einzelfall: Ein ganz ähnliches Profil weisen weitere umweltpolitische Innovateure – vor allem Minnesota, Maine und Wisconsin – auf, die ebenfalls über eine relativ gute Umweltqualität verfügen, beim Pro-Kopf-Einkommen und beim Anteil der städtischen Bevölkerung eher im Mittelfeld liegen und – mit der Ausnahme Wisconsins – weder bei den legislativen noch bei den (umwelt-)administrativen Kapazitäten zur absoluten Spitzengruppe zählen, jedoch alle eine weitere Gemeinsamkeit teilen: die rein moralistische Kultur. Anschließend soll daher auf die Zusammenhänge zwischen der politischen Kultur, der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit und den ökonomischen Entwicklungsmustern der Einzelstaaten eingegangen werden.

5. Politische Kultur, umweltpolitische Innovationsfähigkeit und ökonomische Entwicklungsmuster

Die traditionalistische Kultur, die in den amerikanischen Südstaaten noch heute dominiert, geht mit einer äußerst konservativen Grundhaltung und einem elitären Politikmuster einher. Umweltpolitischer Problemdruck hat hier keine spürbaren Reaktionen zur Folge, und beim Aufbau umweltpolitischer Handlungskapazitäten hinkt diese Region, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der allgemeinen Entwicklung hinterher. Diese politische Kultur verbunden mit der relativen Armut der Region ist als das

entscheidende Hemmnis einer innovativen Umweltpolitik anzusehen.⁴³ Im Gegensatz zur rein traditionalistischen Kultur der Südstaaten ist die individualistische Kultur eine geeignetere Basis für umweltpolitische Innovationen. Unter den zehn innovativsten Einzelstaaten in der Umweltpolitik finden sich fünf mit individualistischer Kultur (New York, New Jersey, Massachusetts, Connecticut und Rhode Island). Bei diesen Einzelstaaten handelt es sich gleichzeitig um die fünf mit der liberalsten Wählerschaft, und hinsichtlich der Liberalität ihrer Politik gehören sie – abgesehen von dem 'Kleinstaat' Rhode Island – zu den führenden zehn Einzelstaaten.⁴⁴ Für umweltpolitische Innovationen der individualistischen Einzelstaaten scheint die (schlechte) Umweltqualität der auslösende Faktor zu sein, d.h. neue Politikansätze werden häufig erst ausprobiert, wenn die Umweltzerstörung bereits weit fortgeschritten ist, z.B. gehört New Jersey bei der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit zur absoluten Spitzengruppe, bei der Umweltqualität taucht der *'garden state'* aber erst an 26. Stelle auf.

Die politische Kultur der übrigen fünf Einzelstaaten der Spitzengruppe (Oregon, Maine, Wisconsin, Minnesota und Kalifornien) ist moralistisch geprägt. Obgleich sich diese Vorreitergruppe hinsichtlich der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen von vielen individualistisch geprägten Einzelstaaten im Mittleren Westen kaum unterscheidet, sind Wähler wie Politiker wesentlich liberaler. Die herausragende Innovationsfähigkeit dieser Einzelstaaten läßt sich am besten durch die dominante politische Kultur erklären: Während individualistisch geprägte Einzelstaaten nur dann zu umweltpolitischen Innovateuren avancieren, wenn bereits ein außerordentlich hohes ökonomisches Entwicklungsniveau erreicht ist, trifft dies auf zu den *top ten* gehörende Einzelstaaten mit moralistischer Kultur nicht zu. Da die Wähler liberale Einstellungen vertreten, reicht hier bereits ein niedrigeres Niveau für eine innovative Umweltpolitik aus. Einzelstaaten mit einer moralistischen Kultur und einer liberalen Wählerschaft betreiben eine wesentlich innovativere Umweltpolitik als traditionalistische Einzelstaaten, während individualistische Einzelstaaten dazwischen liegen. Zwar gilt für

43 Eine Ausnahme ist Florida, das neben Tennessee die liberalste Wählerschaft aller Südstaaten hat und bei der Politikliberalität regionaler Spitzenreiter ist. Daneben hat Florida von allen Südstaaten den höchsten Anteil städtischer Bevölkerung, ist neben Virginia der reichste Einzelstaat der Region und nach Texas auch der bevölkerungsreichste. Der *'sunshine state'* gehört daneben zu den Einzelstaaten mit dem größten Bevölkerungswachstum, als dessen Hauptursachen Immigration, aber auch Migration aus anderen Teilen der USA anzusehen sind – Florida ist nicht nur ein Urlaubs-, sondern auch ein Rentnerparadies. Zudem hat Florida die zweitgrößte einzelstaatliche Umweltbehörde (vgl. *ecos* 3, Nr. 5); vgl. ferner deHaven-Smith (1991).

44 Dies sind jedoch nicht die einzigen Gemeinsamkeiten: In keinem dieser fünf Einzelstaaten ist das produzierende Gewerbe der dominante Sektor. In Massachusetts und New Jersey sind die Dienstleistungen am wichtigsten, in New York, Connecticut und Rhode Island die Banken und Versicherungen (Gray 1996: 20). Connecticut, New Jersey, Massachusetts und New York sind auch die vier Einzelstaaten, die beim Pro-Kopf-Einkommen ganz an der Spitze zu finden sind. Der Anteil der städtischen Bevölkerung liegt in der gesamten Region über 90 Prozent, und New York, New Jersey und Massachusetts gehören sowohl bei den legislativen als auch bei den umweltadministrativen Kapazitäten zu den *top ten*.

jede dieser Gruppen, daß sozioökonomische Faktoren Auswirkungen auf die Politikergebnisse haben, d.h. unabhängig von der politischen Kultur neigen reichere Einzelstaaten eher zu Politikinnovationen. Jedoch ist davon auszugehen, daß moralistische Einzelstaaten, die im allgemeinen nicht so reich sind wie individualistische, trotz ihrer begrenzten Ressourcen, umweltpolitisch genauso innovativ sind, d.h. eine partielle Entkoppelung der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit von der sozioökonomischen Entwicklung scheint in Abhängigkeit von der politischen Kultur durchaus möglich zu sein: Einerseits existieren relativ reiche Einzelstaaten, die umweltpolitisch wenig innovativ sind und ihre Kapazitäten nur unzureichend nutzen (z.B. Pennsylvania oder Ohio), andererseits gibt es relativ arme Einzelstaaten, die sehr viel innovativer sind, als angesichts der sozioökonomischen und politisch-institutionellen Faktoren eigentlich zu erwarten wäre (z.B. Maine und Oregon).

Daß in den amerikanischen Einzelstaaten ganz unterschiedliche ökonomische Entwicklungsmuster auftreten (Brace 1993), zeigt der Vergleich zwischen Oregon und Alabama, da ökonomische und ökologische Zielsetzungen in den beiden Einzelstaaten völlig unterschiedlich gewichtet werden. Die Frage nach dem Erhalt von Arbeitsplätzen selbst um den Preis der Zerstörung der natürlichen Ressourcen stellte sich in Oregon vor allem Anfang der neunziger Jahre als die vom Aussterben bedrohte *Northern Spotted Owl*⁴⁵ in die Schlagzeilen geriet. Da diese seltene Eulenart nur eine Überlebenschance hat, wenn die alten Waldbestände großflächig erhalten bleiben, wurden weitreichende Konsequenzen für die Forstwirtschaft Oregons befürchtet. Ganz abgesehen davon, daß Ausnahmeregelungen geschaffen wurden, ein absolutes Verbot der Abholzung also gar nicht besteht, hat der Verlust von Arbeitsplätzen in diesem traditionellen Wirtschaftssektor dem wirtschaftlichen Aufschwung Oregons, der mit einem bemerkenswerten Strukturwandel verbunden war, keineswegs geschadet. So wird Portland, das in einer vergleichenden Studie der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur ökonomisch-technischen Innovationsfähigkeit zu den zehn ausgewählten Städten gehörte, als „a strong economic competitor thriving in the transition from a traditional to a new economy“ beschrieben, wobei vor allem die Revitalisierung der Region und der gelungene Übergang vom *'timber forest'* zum *'silicon forest'* hervorgehoben wurde (Tripp 1996). Ganz anders sieht es im amerikanischen Süden aus: Alabama zog wegen der umstrittenen Ansiedlung eines Automobilwerkes von Mercedes die Aufmerksamkeit der Presse auf sich, da es sich dabei um einen ganz eklatanten Fall von *'smokestack chasing'* handelte, der schließlich sogar zur Abwahl des Gouverneurs führte. Alabama ließ

45 Zur Kontroverse um die *Spotted Owl*, die bis in die siebziger Jahre zurückverfolgt werden kann und nicht nur Oregon, sondern auch Nordkalifornien und Washington betrifft, siehe Carroll (1989); Paquette (1991, 1993); Dietrich (1992); Watson und Muraoka (1992); Yaffee (1994); Hoberg (1998).

sich jeden der von Mercedes zugesagten Arbeitsplätze 200.000 Dollar kosten, womit alle Rekorde gebrochen wurden.⁴⁶

Oregon konkurriert nicht mit Alabama um die Ansiedlung von Automobilwerken,⁴⁷ sondern mit Kalifornien, Washington und Idaho um die Ansiedlung von *High Tech*-Unternehmen und um Touristen. Eine Absenkung der Umweltstandards ist in den an der Pazifikküste gelegenen Einzelstaaten daher kaum zu erwarten. Alabama konkurriert hingegen mit South Carolina, insbesondere aber mit Tennessee und Kentucky um die Ansiedlung neuer Betriebe der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer. Daß im Zuge dieses *smokestack chasing* die Absenkung von Umweltstandards keineswegs ausgeschlossen werden kann, liegt auf der Hand, da dadurch die Produktionskosten gesenkt werden können. Der Wettbewerb um ansiedlungswillige Unternehmen scheint zudem im Süden der USA wesentlich intensiver zu sein als im Nordwesten. Während sich Alabama jeden einzelnen Arbeitsplatz in dem von Mercedes gebauten Werk ein halbes Vermögen kosten läßt, kann man es sich in Oregon sogar leisten, ansiedlungswilligen Unternehmen die Gewährung von Steuererleichterungen ganz zu versagen (Seideman 1996: 75).

Während sich die Strategie des *smokestack chasing* primär an den Faktorkosten orientiert (*locational incentives approach*), stehen bei dem vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung entstandenen alternativen Ansatz die Transaktionskosten im Mittelpunkt. Vom Staat wird dabei mehr Flexibilität, Risikobereitschaft, Marktstrukturierung etc. gefordert, damit Innovationen erleichtert und Wachstumsbarrieren schneller überwunden werden können (*entrepreneurial strategies*).⁴⁸ Während in Alabama, ebenso wie z.B. in Tennessee, Kentucky oder South Carolina, immer noch bei der Reduzierung der Faktorkosten angesetzt wird, präferiert man in Oregon,⁴⁹ ebenso wie z.B. in Michigan, New York, Massachusetts oder Pennsylva-

46 Pro Arbeitsplatz bezahlten Tennessee für ein Werk von GM/Saturn 26.667 Dollar (1985), Kentucky für ein Werk von Toyota 49.900 Dollar (1985) und South Carolina für ein Werk von BMW 65.000 Dollar (1992) (Mahtesian 1994: 38; Myerson 1996).

47 Recht aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung zur Ansiedlung japanischer Automobilwerke in Nordamerika, da sich hier ein ganz klares regionales Muster erkennen läßt: elf von zwölf Werken befanden sich im südlichen Ontario, im Mittleren Westen (MI, IL, IN, OH), in Kentucky oder in Tennessee. Nur ein einziges Werk lag außerhalb dieser Region, nämlich in Fremont (CA) (Mair, Florida und Kenney 1988); siehe ferner die Fallstudien von Perrucci (1994).

48 Zur Wirtschaftsförderung und zum Standortwettbewerb zwischen den Einzelstaaten siehe z.B. Dubnick und Holt (1985); Osborne (1987); Fosler (1988); Eisinger (1988); Eisinger (1990); Kenyon und Kincaid (1991); zum Zusammenhang zwischen der allgemeinen Innovationsfähigkeit und der Wirtschaftsförderungspolitik der Einzelstaaten siehe Berman und Martin (1992).

49 In Oregon wird dieser Ansatz zudem mit *benchmarking* verbunden, durch das die Effektivität der Politik gemessen werden soll. Die entsprechenden Politikziele orientieren sich am allgemeinen Lebensstandard und nicht allein an der Schaffung neuer Arbeitsplätze (Clarke und Saiz 1996: 541; U.S. General Accounting Office 1994: 6 ff.).

nia⁵⁰ die zweite Strategie (Clarke und Saiz 1996: 520 ff.). Es läßt sich nachweisen, daß moralistische Einzelstaaten eher der Entrepreneur-Strategie zuneigen, die meisten traditionalistischen Einzelstaaten hingegen immer noch die Standortstrategie vorziehen (Boeckelman 1991: 58; Hanson 1991).⁵¹ Clarke und Saiz kommen darüber hinaus zu dem bemerkenswerten Resultat, daß Wettbewerb zwischen den Einzelstaaten vor allem bei der Standortstrategie auftritt, bei der Entrepreneur-Strategie aber nur eine untergeordnete Rolle spielt (Clarke und Saiz 1996: 539). Ein allgemeiner Deregulierungswettbewerb (*'race to the bottom'*) ist daher nicht zu befürchten; vielmehr ist davon auszugehen, daß sich ein solcher – in Abhängigkeit von der politischen Kultur – allenfalls zwischen bestimmten Einzelstaaten entwickelt und auf einzelne Regionen, vor allem den amerikanischen Süden, beschränkt bleibt. Selbst dort wurde eine Absenkung der Umweltstandards bislang jedoch durch die Festsetzung nationaler Mindeststandards verhindert.

6. Schlußfolgerungen für die vergleichende Umweltpolitikanalyse

Aus dem Vergleich der amerikanischen Einzelstaaten können einige Schlußfolgerungen im Hinblick auf die international vergleichende Umweltpolitikanalyse gezogen werden: Zunächst einmal wurde deutlich, daß die politische Kultur durchaus Auswirkungen auf die Umweltpolitik hat. Sozioökonomische und politisch-institutionelle Faktoren reichen längst nicht aus, die deutlichen Unterschiede zwischen der Umweltpolitik der amerikanischen Einzelstaaten hinreichend zu erklären. Interessant ist dies vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung, da in Abhängigkeit von der politischen Kultur eine partielle Entkoppelung der sozioökonomischen Entwicklung und der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit möglich erscheint. Dies zeigte der Fall Oregon, und in der Europäischen Union wäre hier auf die Niederlande zu verweisen, die beim Pro-Kopf-Einkommen eher im Mittelfeld liegen, aber neben den skandinavischen Ländern im Hinblick auf die Entwicklung umweltpolitischer Innovationen stets unter den Spitzenreitern zu finden sind (Jänicke und Weidner 1997; Andersen und Liefnerink 1997).⁵²

Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Umweltqualität bzw. dem Ausmaß der Umweltzerstörung einerseits und der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit andererseits besteht ganz offensichtlich nicht, d.h. umweltpolitischer Problemdruck führt keineswegs zwangsläufig zu umweltpolitischen Innovationen. Allerdings zeigen

50 Diese Strategie betreiben allerdings mittlerweile auch einige Südstaaten, insbesondere Arkansas, Georgia und North Carolina (Clarke und Saiz 1996: 536).

51 Boeckelman (1991), der ebenfalls von zwei alternativen Ansätzen der einzelstaatlichen Wirtschaftsförderungspolitik ausgeht, die er ganz ähnlich abgrenzt, spricht in diesem Zusammenhang von der *maintenance/attraction strategy* und der *creation strategy*.

52 Freilich hinkt der Vergleich etwas, da der umweltpolitische Problemdruck in den Niederlanden ungleich höher ist als in Oregon.

sich regionale Unterschiede: So existieren in den USA neben Regionen mit hoher Innovationsfähigkeit bei gleichzeitig überdurchschnittlicher Umweltqualität (Pazifikküste, Neuengland) auch Einzelstaaten mit extrem schlechter Umweltqualität, die auch hinsichtlich der umweltpolitischen Innovationsfähigkeit zu den Schlußlichtern gehören (Südstaaten). Was in Louisiana durchaus akzeptabel erscheint, kann in Vermont oder Oregon zu einem öffentlichen Aufschrei führen. Die voneinander abweichende Wahrnehmung umweltpolitischer Probleme findet in Europa ihr Pendant, denn auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede – vor allem zwischen Skandinavien und Südeuropa.

Aus dem Vergleich der amerikanischen Einzelstaaten ergibt sich, daß eine liberale Wählerschaft kombiniert mit einer moralistisch geprägten politischen Kultur der beste Garant für eine besonders innovative Umweltpolitik ist. In diesem Zusammenhang sei zum einen daran erinnert, daß die von Elazar entwickelte Typologie mit entsprechenden Demokratiemodellen verbunden ist, was mit der aus der international vergleichenden Forschung bekannten Feststellung korrespondiert, daß Demokratisierung und Umweltpolitik starke Interdependenzen aufweisen (z.B. Weidner 1996; Lafferty und Meadowcroft 1996). Zum anderen ist darauf zu verweisen, daß die in den USA feststellbare moralistische Kultur häufig auf skandinavische Einflüsse zurückgeführt werden kann (z.B. in Minnesota), die sich als äußerst persistent erwiesen haben. Daß es sich bei den skandinavischen Ländern durchweg um umweltpolitische Vorreiter handelt, erscheint vor diesem Hintergrund kein Zufall, obgleich diese Länder schon aufgrund ihres relativen Reichtums für eine umweltpolitische Vorreiterrolle prädestiniert erscheinen.

Der Fall Oregon gibt zu der Vermutung Anlaß, daß nicht nur die soziale Homogenität der Bevölkerung, sondern auch die Religion Auswirkungen auf die umweltpolitische Innovationsfähigkeit haben kann. Die Bedeutung der Religion für die Politikergebnisse wurde in der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung lange vernachlässigt. Die bereits existierenden Studien (z.B. Castles 1994) zeigen jedoch, daß zwischen Protestantismus und Katholizismus gravierende Unterschiede bestehen können (vgl. auch Schmidt 1993). Darüber hinaus zeigen Ingleharts Studien (1997: 93), daß die Herausbildung postmoderner Werte in Skandinavien und den Niederlanden am weitesten fortgeschritten ist, während traditionalistische Einflüsse im katholischen Europa wesentlich stärker sind. Zudem kann in diesem Zusammenhang festgehalten werden, daß sowohl das soziale Vertrauen als auch die Mitgliedschaft in freiwilligen Vereinigungen (*voluntary associations*), also auch in Umweltverbänden,⁵³ in den protestantischen Ländern ein wesentlich höheres Niveau er-

53 Während 18,6 Prozent der Dänen und 15,1 Prozent der Niederländer in einer Naturschutzorganisation oder einem Umweltverband organisiert sind, liegen diese Anteile in Portugal (0,5 Prozent) und Spanien (1,2 Prozent), aber selbst in Frankreich (3,3 Prozent) und Italien (4,7 Prozent) we-

reicht (Inglehart 1997: 174, 190), woraus sich der Schluß ziehen läßt, daß diese Gesellschaften über mehr soziales Kapital (Putnam 1993)⁵⁴ verfügen. Damit im Einklang steht die Tatsache, daß sowohl beim sozialen Vertrauen als auch bei der Bereitschaft, sich in Umweltverbänden zu organisieren, innerhalb der USA regionale Unterschiede feststellbar sind, wobei vor allem im Süden Nachholbedarf besteht.⁵⁵

Abschließend sei noch angemerkt, daß sich die politische Kultur in den amerikanischen Einzelstaaten als relativ stabil erwiesen hat, d.h. sie wird noch heute durch die Spezifika der Migration bestimmt, die selbst an der Westküste schon 150 Jahre zurückliegt. Die kulturellen Traditionen, die die Einwanderer prägten, zeigen sich immer noch, da solche Traditionen von ihren Nachfahren übernommen wurden.⁵⁶ Diese Stabilität der kulturellen Orientierungen ist um so erstaunlicher, da die Mobilität der amerikanischen Gesellschaft im Vergleich zu Europa außerordentlich hoch ist. Zwar wäre die Bedeutungszunahme des Umweltthemas seit den siebziger Jahren ohne einen kulturellen Wandel⁵⁷ nicht möglich gewesen; die relativen Unterschiede zwischen den Einzelstaaten blieben davon allerdings unberührt. Ähnlich kann für Europa argumentiert werden: Frankreich oder Italien werden in absehbarer Zeit wohl kaum zu umweltpolitischen Vorreitern avancieren, während man sich Schweden im Reigen der Nachzügler kaum vorstellen kann. Aus dem Fall Oregon kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß umweltpolitische Innovationsfähigkeit nicht allein durch die ökonomische Entwicklung bestimmt wird, da die Ursache für die – im Vergleich zu anderen Einzelstaaten – nachhaltige Entwicklung Oregons vor allem auf die moralistische Kultur im Nordwesten der USA zurückzuführen ist. Aus dem Vergleich der amerikanischen Einzelstaaten läßt sich zudem die Schlußfolgerung ziehen, daß es zwischen den skandinavischen Ländern wohl kaum zu einem Deregulierungswettbewerb (*'race to the bottom'*) kommen wird, während in Irland, Portugal oder Spanien Mindeststandards erforderlich sind, um eine solche Entwicklung zu vermeiden.

sentlich niedriger (Immerfall 1997: 152); zur Entwicklung freiwilliger Vereinigungen im internationalen Vergleich siehe auch van Deth (1997).

54 Putnam (1995b: 664) definiert soziales Kapital als „features of social life – networks, norms, and trust – that enables participants to act together more effectively to pursue shared objectives.“

55 Zu den Unterschieden beim sozialen Vertrauen siehe Helliwell (1996: 6), der ähnliche Differenzen in Kanada feststellt: Quebec und New Brunswick liegen unter dem Durchschnitt, Alberta und British Columbia darüber (ebd.).

56 So konnte gezeigt werden, daß sich das soziale Vertrauen der Amerikaner von Generation zu Generation 'vererbt'. Selbst nach zwei oder drei Generationen sind deutliche Unterschiede zwischen den Nachfahren skandinavischer und südeuropäischer Einwanderer erkennbar (Helliwell 1996: 4; mit weiteren Nachweisen).

57 Einen Erklärungsansatz für kulturelle Transformationen in den USA liefert Rochon (1998); siehe ferner Inglehart (1989, 1997).

7. Literatur

- Abbott, Carl 1994: The Oregon Planning Style, in: Deborah Howe und Sy Adler (Hrsg.), *Planning the Oregon Way. A Twenty-Year Evaluation*, Corvallis (OR): Oregon State University Press, S. 205-226.
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba 1963: *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton (NJ): Princeton University Press.
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba (Hrsg.) 1989: *The Civic Culture Revisited*, Newbury Park u.a.: Sage.
- Andersen, Mikael Skou und Duncan Liefferink (Hrsg.) 1997: *European Environmental Policy. The Pioneers*, Manchester und New York: Manchester University Press.
- Andrews, Clinton J. 1998: Public Policy and the Geography of U.S. Environmentalism, *Social Science Quarterly* 79: 55-73.
- Berg-Schlosser, Dirk und Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.) 1997: *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*, Opladen: Leske + Budrich.
- Berman, David A. 1997: *State and Local Politics*, 8. Aufl., New York und London: Sharpe.
- Berman, David R. und Lawrence L. Martin 1992: The New Approach to Economic Development: An Analysis of Innovativeness in the States, *Policy Studies Journal* 20: 10-21.
- Boeckelman, Keith 1991: Political Culture and State Development Policy, *Publius* 21: 49-62.
- Boles, Janet K. 1979: *The Politics of the Equal Rights Amendment*, New York: Longman.
- Bowman, Ann O'M. und Richard C. Kearney 1986: *The Resurgence of the States*, Englewood Cliffs (NJ): Prentice Hall.
- Brace, Paul 1993: *State Government and Economic Performance*, Baltimore und London: Johns Hopkins University Press.
- Callenbach, Ernest 1990: *Ecotopia. The Notebooks and Reports of William Weston*, New York u.a.: Bantam Books.
- Camobreco, John und Eric Kimmelman 1995: *The Measurement of Public Policy in American States*, Meetings of the American Political Science Association, Chicago (IL).
- Carroll, Matthew S. 1989: Taming the Lumberjack Revisited, *Society and Natural Resources* 2: 91-106.
- Carter, Larry E. 1998: *Health Care Reform. Policy Innovations at the State Level in the United States*, New York und London: Garland.
- Castles, Francis G. 1994: On Religion and Public Policy: Does Catholicism Make a Difference?, *European Journal of Political Research*: 19-40.
- Clarke, Susan E. und Martin R. Saiz 1996: Economic Development and Infrastructure Policy, in: Virginia Gray und Herbert Jacob (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, Washington D.C.: CQ Press, S. 516-548.
- Daniels, Mark R. und Robert E. Darcy 1985: As Time Goes By: The Arrested Diffusion of the Equal Rights Amendment, *Publius* 15: 51-60.
- Dawson, Richard E. und James Robinson 1963: Inter-Party Competition, Economic Variables, and the Welfare Policies in the American States, *Journal of Politics* 25: 265-289.
- deHaven-Smith, Lance 1991: *Environmental Concern in Florida and the Nation*, Gainesville (FL): University of Florida Press.
- Dietrich, William 1992: *The Final Forest. The Battle for the Last Great Trees of the Pacific Northwest*, New York u.a.: Penguin Books.
- Dilulio, John J., Donald F. Kettl und Richard P. Nathan 1994: Making Health Reform Work. The View From the States, *Brookings Review* 12(3): 22-25.
- Dubnick, Mel und Lynne Holt 1985: Industrial Policy and the States, *Publius* 15: 113-129.

- Dye, Thomas R. 1966: *Politics, Economics, and the Public. Policy Outcomes in the American States*, Chicago (IL): Rand McNally.
- Dye, Thomas R. 1994: *Politics in States and Communities*, 8. Aufl., Englewood Cliffs (NJ): Prentice Hall.
- Eisinger, Peter K. 1988: *The Rise of the Entrepreneurial State: State and Local Economic Development Policy in the United States*, Madison (WI): University of Wisconsin Press.
- Elazar, Daniel J. 1966: *American Federalism: A View From the States*, New York: Thomas Y. Crowell.
- Elazar, Daniel J. 1994: *The American Mosaic. The Impact of Space, Time and Culture on American Politics*, Boulder (CO) u.a.: Westview.
- Enloe, Cynthia H. 1975: *The Politics of Pollution in a Comparative Perspective. Ecology and Power in Four Nations*, New York: David McKay.
- Ensign, David 1996: *Tests of Strength. The Nation's Strongest Ethic Laws Cover More Than a Cup of Coffee*, *State Government News* 39(4): 20-22.
- Erikson, Robert S., Gerald Wright und John P. McIver 1989: *Political Parties, Public Opinion, and State Policy in the United States*, *American Political Science Review* 83: 729-750.
- Erikson, Robert S., Gerald Wright und John P. McIver 1993: *Statehouse Democracy. Public Opinion and Policy in the American States*, Cambridge (MA) u.a.: Cambridge University Press.
- Fitzpatrick, Jody L. und Rodney E. Hero 1988: *Political Culture and Political Characteristics of the American States: A Consideration of Some Old and New Questions*, *Western Political Quarterly* 41: 145-153.
- Fosler, R. Scott (Hrsg.) 1988: *The New Economic Role of the American States. Strategies in a Competitive World Economy*, New York und Oxford: Oxford University Press.
- Garreau, Joel 1981: *The Nine Nations of North America*, Boston (MA): Houghton Mifflin.
- Graham, Mary 1998: *Environmental Protection and the States. 'Race to the Bottom' or 'Race to the Bottom Line'?*, *Brookings Review* 16(1): 22-25.
- Gray, Virginia 1996: *The Socioeconomic and Political Context of the States*, in: Virginia Gray und Herbert Jacob (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, Washington D.C.: CQ Press, S. 1-34.
- Gray, Virginia 1999: *The Socioeconomic and Political Context of States*, in: Virginia Gray, Russell L. Hanson und Herbert Jacob (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, 7. Aufl., Washington D.C.: CQ Press; S. 1-31.
- Hall, Bob 1994: *Gold and Green. Can We Have Good Jobs and a Healthy Environment?*, *Southern Exposure* 22: 48-57.
- Hall, Bob und Mary Lee Kerr 1991a: *1991-1992 Green Index: A State-by-State Guide to the Nation's Environmental Health*, Washington D.C.: Island Press.
- Hall, Bob und Mary Lee Kerr 1991b: *The Green Index*, *Southern Exposure* 19: 49-58.
- Hamm, Keith E. und Gary F. Moncrief 1999: *Legislative Politics in the States*, in: Virginia Gray, Russell L. Hanson und Herbert Jacob (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, 7. Aufl., Washington D.C.: CQ Press, S. 144-190.
- Hanson, Russell L. 1983: *The 'Content' of Welfare Policy: The States and Aid to Families with Dependent Children*, *Journal of Politics* 45: 771-785.
- Hanson, Russell L. 1992: *The Political Acculturation of Migrants in the American States*, *Western Political Quarterly* 45: 355-384.
- Harrigan, John J. 1994: *Politics and Policy in States and Communities*, 5. Aufl., New York: HarperCollins.
- Hays, Scott P., Michael Esler und Carol E. Hays 1996: *Environmental Commitment Among the States: Integrating Alternative Approaches to State Environmental Policy*, *Publius* 26: 41-58.
- Helliwell, John F. 1996: *Do Borders Matter for Social Capital? Economic Growth and Civic Culture in U.S. States and Canadian Provinces*, Cambridge (MA): National Bureau of Economic Research.

- Hoberg, George 1998: Distinguishing Learning from Other Sources of Policy Change: The Case of Forestry in the Pacific Northwest, Boston (MA): Meetings of the American Political Science Association.
- Immerfall, Stefan 1997: Soziale Integration in den westeuropäischen Gesellschaften – Werte, Mitgliedschaften, Netzwerke, in: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hrsg.), Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, S. 139-173.
- Inglehart, Ronald 1989: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Inglehart, Ronald 1997: Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies, Princeton (NJ): Princeton University Press.
- Jänicke, Martin 1990a: Politik und Ökonomie. Anmerkungen zur Erklärungskraft beider Faktoren im Policy-Vergleich, in: Udo Bermbach, Bernhard Blanke und Carl Böhret (Hrsg.), Spaltungen der Gesellschaft und Zukunft des Sozialstaats, Opladen: Leske + Budrich, S. 137-146.
- Jänicke, Martin und Helmut Weidner (unter Mitarbeit von Helge Jörgens) (Hrsg.) 1997: National Environmental Policies: A Comparative Study of Capacity Building, Berlin u.a.: Springer.
- Jewell, Judith 1996: Oregon, Oakland (CA): Compass American Guides.
- Johnson, David Alan 1992: Founding the Far West. California, Oregon, and Nevada, 1840-1890, Berkeley u.a.: University of California Press.
- Kenyon, Daphne A. und John Kincaid 1991: Competition Among States and Local Governments, Washington D.C.: Urban Institute.
- Kern, Kristine 1999: Die Diffusion von Politikinnovationen. Umweltpolitische Innovationen im Mehrebenensystem der USA, Opladen: Leske + Budrich (im Erscheinen).
- Kern, Kristine und Stefan Bratzel 1996: Umweltpolitischer Erfolg im internationalen Vergleich. Zum Stand der Forschung, Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 19: 277-312.
- Kerr, Mary Lee 1995: Women in Politics, Southern Exposure 23(1): 64.
- Kingdon, John W. 1994: Agendas, Ideas, and Policy Change, in: Lawrence C. Dodd und Calvin Jillson (Hrsg.), New Perspectives on American Politics, Washington D.C.: CQ Press, S. 215-229.
- Kingdon, John W. 1995: Agendas, Alternatives, and Public Policies, 2. Aufl., New York: HarperCollins.
- Klingman, David und William W. Lammers 1984: The 'General Policy Liberalism' Factor in American State Politics, American Journal of Political Science 28: 598-610.
- Lafferty, William M. und James Meadowcroft (Hrsg.) 1996: Democracy and the Environment. Problems and Prospects, Cheltenham (UK) und Brookfield (VT): Edward Elgar.
- Lammers, William W. 1996: State Health Policy Innovations: A Stimulus for Federal Action?, Meetings of the American Political Science Association, San Francisco (CA).
- Langer, Laura 1999: Measuring Income Distribution across Space and Time in the American States, Social Science Quarterly 80: 55-67.
- Leichter, Howard M. 1992: Rationing Health Care: Oregon Comes Out of the Closet, in: ders. (Hrsg.), Health Policy Reform in America. Innovations from the States, Armonk (NY) und London: Sharpe, S. 117-146.
- Leonard, H. Jeffrey 1983: Managing Oregon's Growth. The Politics of Development Planning, Washington D.C.: Conservation Foundation.
- Long, Andrew 1994: Oregon Firsts. Firsts for Oregon, Past and Present, North Plains (OR): Oregon Firsts Media.
- Lurie, Irene 1996: State Welfare Policy, in: Carl E. Van Horn (Hrsg.), The State of the States, Washington D.C.: CQ Press, S. 209-230.
- Mahtesian, Charles 1994: Romancing the Smokestack, Governing 8(11): 36-40.
- Mair, Andrew, Richard Florida und Martin Kenney 1988: The New Geography of Automobile Production: Japanese Transplants in North America, Economic Geography 64: 352-373.

- March, Beverly 1981: Oregon's Legislative Innovations, in: Lane Morgan (Hrsg.), *The Northwest Experience*, Seattle: Madrona Publishers, S. 100-103.
- McCall, Tom und Steve Neal 1977: *Tom McCall: Maverick. An Autobiography*, Portland (OR): Binford & Mort.
- McIver, John P., Robert S. Erikson und Gerald C. Wright 1994: *Public Opinion and Public Policy: A View From the States*, in: Lawrence C. Dodd und Calvin Jillson (Hrsg.), *New Perspectives on American Politics*, Washington D.C.: CQ Press, S. 249-266.
- McRae, Bill und Judy Jewell 1995: *Pacific Northwest. Washington, Oregon, Idaho, Hawthorn (Australien) u.a.: Lonely Planet*.
- Morgan, David R. und Sheilah S. Watson 1991: *Political Culture, Political System Characteristics, and Public Policies Among the American States*, *Publius* 21: 31-48.
- Myerson, Allen R. 1996: *O Governor, Won't You Buy Me a Mercedes Plant?*, *A Bidding War's Bite in Alabama*, *New York Times* vom 1. September 1996.
- Nardulli, Peter F. 1990: *Political Subcultures in the American States*, *American Politics Quarterly* 18: 287-315.
- Oregon Department of Environmental Quality 1988: *Oregon Environmental Atlas*, Portland (OR): DEQ.
- Osborne, David 1987: *Economic Competitiveness: The States Take the Lead*, Washington D.C.: Economic Policy Institute.
- Paquette, Pat 1991: *Sierra Discord. North Coast Wars Heat Up Again After Governor Fells Timber Bill*, *California Journal* 22: 575-577.
- Paquette, Pat 1993: *The Environment and Jobs. Seeking Balance Between Owls and People*, *California Journal* 24(2): 15-18.
- Patterson, Samuel C. 1996: *Legislative Politics in the States*, in: Virginia Gray und Herbert Jacob (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, Washington D.C.: CQ Press, S. 159-206.
- Perrucci, Robert 1994: *Japanese Auto Transplants in the Heartlands: Corporatism and Community*, Hawthorne (NY): de Gruyter.
- Phares, Donald 1980: *Who Pays State and Local Taxes?*, Cambridge (MA): Oelgeschlager, Gunn, and Hain.
- Putnam, Robert D. 1995a: *Bowling Alone: America's Declining Social Capital*, *Journal of Democracy* 6: 65-78.
- Putnam, Robert D. 1995b: *Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America*, *Political Science & Politics* 28: 664-683.
- Putnam, Robert D. (unter Mitarbeit von Robert Leonardi und Raffaella Y. Nanetti) 1993: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton (NJ): Princeton University Press.
- Rice, Tom W. und Alexander F. Sumberg 1997: *Civic Culture and Government Performance in the American States*, *Publius* 27: 99-114.
- Ringquist, Evan J. 1993: *Environmental Protection at the States Level. Politics and Progress in Controlling Pollution*, Armonk (NY) und London: M.E. Sharpe.
- Ringquist, Evan J. 1994: *Policy Influences and Policy Responsiveness in State Pollution Control*, *Policy Studies Journal* 22: 25-43.
- Rochon, Thomas R. 1998: *Culture Moves. Ideas, Activism and Changing Values*, Princeton (NJ): Princeton University Press.
- Rom, Mark Carl 1999: *Transforming State Health and Welfare Programs*, in: Virginia Gray, Russell L. Hanson und Herbert Jacob (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, 7. Aufl., Washington D.C.: CQ Press, S. 349-392.
- Schmidt, Manfred G. 1993: *Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen im Industrieländervergleich*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, Mark und Paul Teske (unter Mitarbeit von Michael Mintrom) 1995: *Policy Entrepreneurs: Agents for Change in American Government*, Princeton (NJ): Princeton University Press.

- Schuman, David 1995: The Creation of the Oregon Constitution, *Oregon Law Review* 74: 611-641.
- Schwantes, Carlos Arnaldo 1996: *The Pacific Northwest. An Interpretive History*, 2. Aufl., Lincoln (NE) und London: University of Nebraska Press.
- Seideman, David 1996: Out of the Woods, *Audobon* 98(4): 66-75.
- Sharkansky, Ira 1969: The Utility of Elazar's Political Culture. A Research Note, *Polity* 2: 66-83.
- Sigelman, Lee und Roland E. Smith 1980: Consumer Legislation in the American States: An Attempt at Explanation, *Social Science Quarterly* 61: 58-70.
- Solesbury, William 1976: Issues and Innovation in Environmental Policy in Britain, West Germany, and California, *Policy Analysis* 2: 1-38.
- Tripp, Julie 1996: Feds Cite Portland as Example of Vibrant Economy, *Oregonian* vom 16. Oktober 1996.
- U.S. General Accounting Office 1994: *Managing for Results. State Experiences Provide Insights for Federal Management Reforms*, Washington D.C.: GAO (GAO/GGD-95-22).
- Van Deth, Jan W. (Hrsg.) 1997: *Private Groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations and Political Involvement in Representative Democracies*, London und New York: Routledge.
- Verhovek, Sam Howe 1995: With Power Shift, State Lawmakers See New Demands. Concern Over Readiness, *New York Times* vom 24. September 1995.
- Vogel, David 1986: *National Styles of Regulation. Environmental Policy in Great Britain and the United States*, Ithaca (NY) und London: Cornell University Press.
- Walker, Jack L. 1969: The Diffusion of Innovation Among the American States, *American Political Science Review* 63: 880-899.
- Walth, Brent 1994: *Fire at Eden's Gate. Tom McCall and the Oregon Story*, Portland (OR): Oregon Historical Society.
- Watson, Richard B. und Dennis D. Muraoka 1992: The Northern Spotted Owl Controversy, *Society and Natural Resources* 5: 85-90.
- Weber, Ronald E. und William R. Shaffer 1972: Public Opinion and American State Policy-Making, *Midwest Journal of Political Science* 16: 683-699.
- Weidner, Helmut 1996: *Basiselemente einer erfolgreichen Umweltpolitik – Beschreibung, Analyse und Evaluation der Instrumente der japanischen Umweltpolitik*, Berlin: edition sigma.
- Yaffee, Steven Lewis 1994: *The Wisdom of the Spotted Owl. Policy Lessons for a New Century*, Washington D.C. und Covelo (CA): Island Press.